Nummer 22 Berlin, 29. Mai 1914 26. Jahrgang

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts. Vereinigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition: Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 III
Telephon: Amt Königstadt, Nr. 1076.

Inserate pro 3gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgelder sind an Otto Zehms, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.
Postscheckkonto Berlin 5386.

Inhalt.

Bericht von der 12. Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes in Dresden. — Arbeitslöhne und Rentabilität in der deutschen Textilindustrie (VII). — Berichte aus Fachkreisen. — Bekanntmachungen. — Totenliste. — Streikfalltafel. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Feuilleton: Die Heiteretei. — Fachgewerbliche Rundschau.

Bericht von der 12. Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes in Dresden.

Montagssitzung: Vormittag.

Am Montag, den 18. Mai, vormittags 9 Uhr, eröffnete der Verbandsvorsitzende Kollege Hübsch den 12. Verbandstag. Der geräumige Saal der Zentralhalle war voll von Delegierten, unter denen sich eine Anzahl Frauen befanden, gefüllt. Der Landtagsabgeordnete Kollege Winkler erhielt als Erster das Wort, um die Delegierten zu begrüßen. In markigen Worten entwarf er eine Skizze von den großen Aufgaben, die der Deutsche Textilarbeiterverband im allgemeinen, und die Dresdener Verbandsversammlung im besonderen zu erfüllen hat.

Kollege Hübsch schloß sich in der Begrüßung der Delegierten den Worten des Kollegen Winkler an, auch darauf verweisend, welche wichtigen Fragen auf dieser Generalversammlung gelöst werden sollen.

Von ausländischen Bruderorganisationen sind vertreten: die dänische durch Kollegen Möller-Kopenhagen und die österreichische durch den Reichsratsabgeordneten Kollegen Hanusch-Wien und einige Funktionäre des österreichischen Verbandes aus den böhmischen Grenzgebieten. Die Erschienenen werden von dem Kollegen Hübsch begrüßt. Zur Ergänzung des Bureaus werden gewählt: Heinrich Preuß-Neugersdorf, Karl Henn-Mülhausen (Elsaß), Anna Unger-Berlin und Ernst Rätze-Tinz b. Gera.

Die Mandatsprüfungskommission bildeten folgende Kollegen: Anton Nöthlich-Augsburg, Hermann Martin-Buchholz, Hugo Rößiger-Luckenwalde, Karl Haberecht-Langenbielau und Bernhard Wojczewski-Hannover.

Die Tagungszeit wird festgesetzt von 9—12½ Uhr und von 2—6 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Vorsitzende mit, daß nach dem Kassenbericht der Kollege Jäckel einen Bericht über das Informationsbureau geben wird. Die Generalversammlung stimmt dem zu. Ferner erteilt die Generalversammlung die nachträgliche Zustimmung zur Einsetzung der Statutenberatungskommission, die dieses Mal, wo sie das erstemal tagte, ohne vorherigen Beschluß einer Generalversammlung ins Leben gerufen werden mußte.

Nach dieser Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten erhält der Kollege Möller-Kopenhagen zur Begrüßung das Wort:

Er betont, aus einem kleinen, aber auch gut entwickelten Lande zu kommen. Es sei in der Organisation zwar langsam, aber stetig aufwärts gegangen und heute habe der dänische Textilarbeiterverband die Textilarbeiterschaft Dänemarks zu 90 Proz. organisiert. Möller wünscht, daß der Deutsche Textilarbeiterverband recht bald ebenso viel Prozent der deutschen Textilarbeiterschaft organisiert haben möge. Der Kapitalismus sei in seinem Wesen in allen Ländern gleich, weshalb auch die Arbeiter aller Länder gleiche Bestrebungen zur Hebung der sozialen Lage verfolgen müßten. Redner schließt mit einem Hoch auf den Deutschen Textilarbeiterverband seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Hierauf erhielt Kollege Hübsch das Wort zur Erstattung des Geschäftsberichts. Er ging in zweistündiger Rede auf die einzelnen Details der Textilarbeiterbewegung in der letzten Berichtsperiode ein. Leicht sei, so betonte er einleitend, die Verbandstätigkeit in den letzten zwei Jahren nicht gewesen. Die Wirtschaftskrise habe die Agitation in manchen Gauen recht ungünstig beeinflußt, obwohl eigentlich gerade in solcher Zeit niemand den Kopf hängen lassen solle. Aber häufig komme es vor, daß man in solchen Perioden sich mehr Unmöglichkeit hinsichtlich des Erfolges der Agitation einrede, wie tatsächlich vorhanden ist. Das ersehe man daraus, daß es Gaue gebe, in denen die Krise sehr schwer gewütet habe, die Mitgliederzahl daselbst aber doch gehalten worden sei. Das treffe insbesondere zu bei den Gauen Schlesien und Sachsen-Thüringen. Dagegen seien andere Gaue, wo die Konjunktur eine bessere, sogar gute war, in der Mitgliederbewegung rückwärts gegangen.

Fasse man die Mitgliederzahlen ins Auge, dann könne man am Schlusse der Berichtsperiode allerdings noch einen Gewinn von 6653 Mitgliedern verbuchen, aber es wäre falsch geurteilt, wolle man unterlassen, zu bemerken, daß seit Mitte 1913 ein Mitgliederrückgang zu verzeichnen sei. Beachtlich sei weiter, daß die Zahl der männlichen Mitglieder nur um 985 gestiegen sei, die der weiblichen aber um 5668.

Redner bespricht dann die Mitgliederfluktuation und deren Ursachen. Er hebt dabei hervor, daß das Lamento über die ungünstigen Verhältnisse sehr leicht zu einer wahren Epidemie ausarten könne, wodurch dann das ganze Verbandsleben gelähmt werde. Wir müßten nach Dresden wieder einen anderen Zug in die Mitgliederbewegung bringen.

An Lohnbewegungen ohne Streiks sind in den zwei Jahren zu verzeichnen 392 mit 72 345 Beteiligten. Angriffsstreiks waren zu verzeichnen 61 mit 14 830 Beteiligten. An Abwehrstreiks hatten wir 27 zu führen, an denen 3898 Personen beteiligt waren. Aussperrungen waren 10 zu bestehen, daran waren 32 281 Personen beteiligt. In den beiden Jahren waren also **123 454** Personen in die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen verwickelt. Man könne also nicht sagen, daß zu wenig Leben im Verband gewesen sei. Das Resultat der Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen sei folgendes:

Von Lohnbewegungen ohne Streiks waren im Jahre 1912 erfolgreich 248, 1913: 139, zusammen 387. Von Angriffsstreiks waren im Jahre 1912 erfolgreich 17, teilweise erfolgreich 19, erfolglos 10; im Jahre 1913 erfolgreich 2, teilweise erfolgreich 10, erfolglos 2. In beiden Jahren zusammen also erfolgreich 19, teilweise erfolgreich 29, erfolglos 12.

Von den Aussperrungen hatten wir in beiden Jahren zusammen: Erfolgreiche 2, teilweise erfolgreiche 2, erfolglose 5.

Bei den Bewegungen ohne Streik wurden erreicht an Arbeitszeitverkürzung für 17 408 Personen 43 996 Stunden pro Woche; bei den Angriffsstreiks wurden erzielt für 4996 Personen 11 888 Stunden pro Woche; bei Abwehrstreiks für 51 Personen 242 Stunden pro Woche, insgesamt für 22 455 Personen 56 026 Stunden pro Woche. An Lohnerhöhungen wurden erreicht: für 56 354 Personen 63 491 Mk. pro Woche und sonstige Verbesserungen noch für 27 721 Personen.

Wenn also bei der ungünstigen Konjunktur für 56 000 Leute Lohnerhöhungen herausgeschlagen werden konnten, so könne keine Rede davon sein, daß der Verband seine Schuldigkeit nicht getan habe. Ein Kulturfortschritt sei es, daß für 22 000 Personen eine Arbeitszeitverkürzung erreicht worden sei. Redner ging nach dieser summarischen Betrachtung der Aktionen auf die wichtigsten derselben näher ein, um zu zeigen, was aus den Bewegungen zu beachten sei für spätere Fälle. Ganz besonders eingehend behandelte er die Krefelder Färberbewegung.

Die Frage der Beitragsleistung und des Unterstützungswesens wurde ebenfalls in längeren Ausführungen einer kritischen Betrachtung unterzogen, wobei er scharf hervorhob, daß es nötig sei, in höhere Beitragsklassen einzutreten.

Am Schlusse seiner Rede besprach Hübsch die Agitation, welche in den letzten zwei Jahren betrieben worden ist, wobei er in längeren Ausführungen die Lage der Heimarbeiter beleuchtete. Er schloß seine Ausführungen mit dem Appell an die Generalversammlung, Mittel und Wege zu suchen, um unsere Organisation in den nächsten zwei Jahren weiter zu stärken und auszubauen. (Lebhafter Beifall.)

Es folgte nun der Bericht der Kollegin Hoppe über das Arbeiterinnen-Sekretariat. Kollegin Hoppe bezeichnete es als ein erfreuliches Stück Erziehungsarbeit für die Arbeiterinnen, was durch die Agitationsarbeit in den letzten zwei Jahren geleistet worden ist. Die Zahl der tätigen Kolleginnen sei gewachsen. Es gebe in allen Bezirken eine Anzahl Kolleginnen, die gewillt und befähigt seien zur Mitarbeit. Ein Beweis dafür, daß die Arbeiterinnen in die Agitation selbständig mit eingreifen wollen, sei der Wunsch nach Arbeiterinnen-Konferenzen, um auf ihnen Richtlinien für die weitere Agitation zu bekommen. Wir sind jetzt in der Lage, für Betriebsversammlungen eine ganze Anzahl Referentinnen zu stellen. Der Gau Hannover habe zweifellos etwas Gutes geleistet durch die Abhaltung von Abenden zur Schulung von Arbeiterinnen. Es ist eine Lebensfrage der Organisation, daß wir mehr noch als bisher für die Weiterbildung der Arbeiterinnen sorgen müssen. Die Frauen, die befähigt seien, müßten an verantwortungsvolle Posten gestellt werden, erst dann seien sie in der Lage, alle in ihnen schlummernden Kräfte auszunutzen und der Organisation dienstbar zu machen. Es sei daher notwendig, erneut auf die Beschlüsse der Leipziger Generalversammlung aufmerksam zu machen, daß bei Erweiterung der Geschäftsstellen, wenn noch eine dritte Person angestellt werden soll, die Stelle für eine weibliche Person ausgeschrieben werde.

Wir hätten jetzt 1800 tätige Kolleginnen und an 22 Orten eine Frauenagitations-Kommission. In der Einsetzung solcher Kommissionen müßten weitere Fortschritte gemacht werden.

Es sind eine Anzahl Begrüßungstelegramme eingegangen, die bekanntgegeben werden.

Es erhält sodann das Wort zur Begrüßung der Reichsratsabgeordnete Kollege Hanusch-Wien. Er überbringt die Wünsche der Union der Textilarbeiter Oesterreichs, wobei er in längeren Ausführungen auf die Textilarbeiterbewegung in Oesterreich einging und zeigte, welche Schwierigkeiten die österreichische Kollegenschaft infolge der Balkankriege zu überwinden hatte. Trotz dieser traurigen Verhältnisse sei die Organisation nur um 1200 Mitglieder zurückgegangen. Organisatorisch und finanziell sei jetzt die Krise in Oesterreich überwunden; das wolle viel heißen. Er wünscht im Namen seiner miterschienenen Funktionäre aus den böhmischen Grenzgebieten den Verhandlungen den besten Erfolg. (Lebhafter Beifall.)

Montagssitzung: Nachmittag.

Den Bericht über das Informationsbureau erstattet Kollege

Jäckel: Nachdem das Informationsbureau etwa drei Jahre besteht, sei es nötig, sich klar zu werden, ob die Informationsstelle bestehen solle oder nicht. Als vor vier Jahren die Errichtung der Informationsstelle beschlossen wurde, war man sich selbstverständlich der Schwierigkeiten nicht im vollen Umfange bewußt. Die Kollegen hielten es für ein leichtes, die gewünschten Beobachtungen über Vorgänge innerhalb der Industrie vornehmen zu können. Aber die Textilindustrie mit ihrer Vielseitigkeit, den außerordentlich verschiedenen Arbeitsmethoden, den tausenderlei Fragen, die im Textilhandel zu betrachten sind, ist nicht so leicht zu kontrollieren; jedenfalls nicht so leicht wie das Baugewerbe. Auftragsgemäß soll das Bureau beobachten die Konjunkturschwankungen, die Handelspolitik, die Mode, das Strafsystem in den Textilfabriken und die Behandlung der Arbeiter daselbst. Diese Aufgaben erfordern ein außergewöhnlich umfangreiches Studium der vorhandenen Verhältnisse. Es war dann weiter dem Bureau übertragen worden, Agitationsmaterial in Form von Vorträgen herauszugeben. Es war also sehr viel und sehr Vielseitiges, was dem Bureau aufgegeben worden war. Dabei fand ich in der Zentrale an Unterlagen zur Erfüllung dieser Aufgaben so gut wie nichts vor. Redner geht nun ausführlich auf die Einzelfragen ein und zeigt in einem von außerordentlicher Sachkunde zeugenden Vortrage, daß er seine Aufgabe gut erfaßt hat und wie wichtig und gut es ist, daß das Bureau geschaffen worden ist. Diese Ausführungen klingen aus in die Forderung, die Einrichtung nicht nur weiter bestehen zu lassen, sondern weiter fortzuentwickeln; dazu sei allerdings die Anstellung einer weiteren Kraft dringend notwendig. Es müsse da aber auch ein Mann hinein, der etwas leisten kann. Im Laufe der nächsten Geschäftsperiode müsse die Informationsstelle die weitere Kraft erhalten, damit es in dem vorgeschlagenen Sinne weiter vorwärts gehe. (Lebhafter Beifall.)

Zum Kassenbericht nimmt Kollege Zehms das Wort: In den Jahren 1912/13 waren die Einnahmen um **1 041 649** Mk. größer wie in den zwei Jahren vorher. Die Steigerung betrug demnach 23,4 Proz. Die Mehreinnahmen resultieren aus den Beiträgen

zu 10 und 20 Pf. mit zirka	28 800	Mk.
„ 30 Pf. mit zirka	259 000	„
„ 40 „ „ „	59 400	„
„ 50 „ „ „	267 000	„
„ 60 „ „ „	175 000	„
Lokalzuschläge	156 900	„
Sonstige Einnahmen der Lokalkassen	12 000	„
Zinsen der Hauptkasse	60 600	„
Zusammen	1 018 700	Mk.

Die Gesamtausgaben betragen in dieser Geschäftsperiode mehr 1 796 180 Mk. Hier beträgt die Steigerung **47,4** Proz. Von den Mehrausgaben entfallen auf die Hauptkasse 1 506 466 Mk., auf die Lokalkassen 289 714 Mk. Der Kassenbestand verminderte sich gegenüber der Geschäftsperiode 1910/11 um 126 287 Mk. und erhöhte sich in den Lokalkassen um 39 129 Mk. Am Schlusse des 4. Quartals betrug der Bestand der Hauptkasse: 1 435 918 Mk., und der Lokalkassen: 258 128 Mk. Der Bestand der Hauptkasse gegen Schluß des 4. Quartals 1912 ist um 332 711 Mk. gesunken. Im 3. Quartal erreichte die Hauptkasse den höchsten Bestand mit 1 497 578 Mk. und gleichfalls die Lokalkassen im Betrage von 277 968 Mk. Die Differenz zwischen damals und jetzt beträgt 394 371 Mk. Soviel ist über die Einnahme hinaus von der Hauptkasse ausgegeben worden.

Redner geht dann auf die einzelnen Positionen des Kassenberichts näher ein und zeigt die Wirkung der einzelnen Ausgabepositionen auf die Finanzkraft der Organisation. Seine Ausführungen sind übersichtlich zusammengefaßt in folgender Aufstellung, die zeigt, welcher Betrag auf je 100 Mk. für die verschiedenen Unterstützungsarten zur Verfügung steht:

	1910	1911	1912	1913
Von den Einnahmen verblieben der Hauptkasse von je 100 Mk. Einnahme von den Marken	86,77	83,84	83,21	83,30
Die Ausgaben der Hauptkasse betrugen von den verbliebenen Beträgen:				
a) für Krankenunterstützung	14,12	16,28	15,—	16,98
b) für Arbeitslosenunterstützung	5,17	7,04	5,77	12,—

c) alle anderen Unterstützungen (ohne Streikunterstützung) . .	6,47	5,30	5,32	7,58
Für alle anderen Ausgaben (Zeitungen Gehälter, sachliche und sonstige Ausgaben	29,14	24,94	25,33	25,78
Gesamtausgabe	54,90	53,56	51,42	62,34
Es blieben somit zur Verfügung für Streiks und zur Auffüllung des Kassenbestandes	28,87	30,28	31,79	20,96

Wenn wir die Summe des Jahres 1913 von 20,96 Proz. auf 21 Proz. abrunden, dann haben wir einen genauen Ueberblick über das, was uns für Streiks und zur Auffüllung der Hauptkasse zur Verfügung steht. Daß damit in der Zukunft Kämpfe nicht geführt werden können, werden wohl alle einsichtigen Kollegen erkennen. Es ist vollständig ausgeschlossen, die Anträge, die darauf hinauslaufen, die Leistungen zu erhöhen, in die Wirklichkeit zu übersetzen. Die vorgetragene Berechnung war erst möglich an der Hand einer Aufstellung, die Kollege Schrader im Statistischen Amt gemacht hat.

Schon harmlos aussehende Anträge auf Erhöhung der Unterstützung würden die Hauptkasse enorm belasten. Der Antrag aus Mülhausen i. E. betreffend die Erhöhung der Krankenunterstützung um 5, 10 und 20 Pf. würde eine Mehrausgabe von 39 292 Mk. verursachen. Der von derselben Filiale gestellte Antrag auf Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung würde eine Erhöhung der Ausgaben um 77 000 Mark bedeuten. Redner kommt nach eingehender Betrachtung des finanziellen Effektes der gestellten Anträge auf Erhöhung der Unterstützung zu dem Ergebnis, daß diese Anträge eine Belastung der Hauptkasse bedeuten, die sie bei der gegenwärtigen Einnahme nicht übernehmen könne, ohne Gefahr zu laufen, mit unserem ganzen Verbandsleben unter den Schlitten zu kommen. (Beifall.)

Den Bericht der Revisoren erstattet Kollege

Niemetz-Berlin. Im Auftrage der Revisionskommission berichtet er, daß bei allen Revisionen Kasse und Belege in Ordnung befunden worden sind. Monitas waren nicht zu machen. Er stellt den Antrag, den Kassierer zu entlasten.

Den Pressebericht gibt Kollege Wagener. Seine Ausführungen enthalten eine Darlegung der Aufgaben der gewerkschaftlichen Presse. Längere Ausführungen macht er auch über die Aufgaben der „Textil-Praxis" und fordert dazu auf, dafür zu sorgen, daß diese fachtechnische Zeitschrift des Verbandes in jeder Textilarbeiterfamilie gehalten wird.

Den Rest der Nachmittagssitzung füllte der Bericht aus, den der Vorsitzende des Ausschusses, Kollege Vetterlein-Gera, gab. Der Ausschuß hatte sich mit 16 Beschwerden zu befassen, die von 33 Mitgliedern erhoben worden sind. Der größte Teil der Beschwerden war zurückzuweisen.

Dienstagssitzung: Vormittag.

In der Vormittagssitzung des Dienstags erstattete zunächst Panzer-Leipzig im Namen der Statutenberatungskommission Bericht über deren Tätigkeit. Diese Kommission soll eine ständige werden. Die Kommission hat in zweitägiger Tätigkeit alle vorliegenden Anträge durchgearbeitet und zum Teil in erheblicher Weise modifiziert. Nach dem Referat Panzers, das sich auf nicht alle Anträge bezieht, werden die genügend unterstützten Anträge mit dem Geschäftsbericht zur Debatte gestellt.

Sachse-Leipzig (Gauleiter) erklärt zunächst wie es kam, daß es in seinem Gau nicht vorwärts geht; Die Geschäftslage sei nicht überall gut gewesen, die Konkurrenz der Gelben müsse auch berücksichtigt werden, desgleichen die Einführung von Lokalzuschlägen in einigen Orten, auch Abwanderung vom Gau spielte eine Rolle. Die Angestellten im Gau hätten durchaus ihre Schuldigkeit getan.

Dressel-Plauen (Gauleiter) kommt auf den schlechten Geschäftsgang in seinem Gau zu sprechen und verwahrt sich dagegen, zu wenig getan zu haben.

Lehnhoff-Barmen und Paul-Ronsdorf besprechen die dort in letzter Zeit durchgeführten Bewegungen, die bei ihnen befolgte Taktik möge einen Teil der Schuld an dem Mitgliederrückgang tragen. — Die 40-Pf.-Klasse möchte Redner nicht fallen lassen, wenn auch dafür gesorgt werden müsse, daß Leute, welche höhere Beiträge zahlen könnten, dies tun.

Winzen-Berlin stellt fest, daß dort 80 Proz. organisiert sind. Redner bespricht dann die Arbeitsnachweise in Berlin, die dort ausgezeichnet fungieren.

Frau Unger berichtet über die Tätigkeit der Agitationskommission in Berlin, welche gute Erfolge erzielt habe; sie arbeite mit den Branchenleitern in Gemeinschaft. Sie könne nicht begreifen, daß die Beratungskommission den Antrag: Delegation einer Kollegin zu den Kongressen, nicht verstehe; aus ihrer eigenen Kraft seien die Frauen selten imstande, eine Delegierte zu wählen, und bei den Männern fänden sie keine Unterstützung.

Philipp-Leipzig befürwortet eine Spinnerkonferenz und empfiehlt die größte Propaganda für die „Textilpraxis". Redner wendet sich dagegen, daß Zehms die Frauen für uns als das teuerste Objekt bezeichnete.

Frau Brandenburg-Hamburg stellt sich die Frage: Wie gewinnen wir neue Mitglieder? Man dürfe den Erfolg der Agitation nicht an Zahlen messen wollen; der ideelle, nicht sichtbare Erfolg sei auch nicht zu unterschätzen, denn er werde sich später doch in Zahlen zeigen müssen. Die Rednerin tritt für allgemeine Einführung von Arbeiterinnenschulungskursen ein. Die Resolution zum Informationsbureau (weitere Ergänzung des Personals) findet den Beifall der Rednerin, desgleichen eine solche, welche für die Verkürzung der Arbeitszeit eintritt; Verkürzung der Arbeitszeit am Sonnabend genüge nicht.

Lang-Langenbielau meint, man braucht nicht jedes kritische Wort Hübschs in seinem Geschäftsbericht übelzunehmen. Wenn Schlesien sich mit seiner Mitgliederzahl gehalten hat, so beruht das auf besonderen Verhältnissen. Redner tritt dann dafür ein, daß die Schreibung der Verbandsgeschichte in Angriff genommen werde. Die Notwendigkeit, den an die Zentrale abzuführenden Teil der Beiträge zu erhöhen, sieht Redner nicht ein. Der Arbeiterinnenbewegung könne man sich nicht warm genug annehmen.

Graupe-Zwickau findet, daß die Entwickelung unseres Verbandes keine solche ist, daß wir uns anderen Gewerkschaften gegenüber zu schämen brauchten. Auch die Zahl der in den höheren Beitragsklassen zahlenden Mitglieder sei erfreulich gestiegen. Die Arbeiterinnenbewegung sollte noch mehr als bisher gepflegt werden, namentlich aber die Schulung der weiblichen Mitglieder. — Von der Weiterentwickelung des Informationsbureaus, wie sie sich Kollege Jäckel denke, verspreche er sich bei den fortgesetzten Konjunkturschwankungen für die Praxis der Bewegung wenig Erfolg. Durch Lichtbildervorträge sollte die Branchenkunde gepflegt werden.

Deffner-Kempten (Allgäu) tadelt, daß mit dem Krefelder Färberstreik nicht beizeiten Schluß gemacht wurde. Daß hinterher im Flugblatt für Beitragserhöhung Stimmung gemacht wurde, habe bei den Mitgliedern die Ueberzeugung gefestigt, daß die Ausgaben wieder eingeholt werden sollen. Der „Textilarbeiter" hätte während der Agitation für den freien Sonnabend nicht in einem Konferenzbericht zugeben dürfen, daß es noch Frauen gebe, die gegen den freien Sonnabendnachmittag seien. Gewisse Artikel im „Textilarbeiter" seien ihm auch zu lang gehalten gewesen.

Prillwitz-Berlin bespricht in längeren Darlegungen, wie die Propaganda für die „Textilpraxis" wirksam gestaltet werden kann und kommt dann auf einige Anträge, die Versicherung der Verbandsangestellten gegen die Folgen von Unfällen, zu sprechen, zu der er eine Reihe von Vorschlägen macht. Die Einzelmitglieder, welche jetzt ihre Beiträge an die Zentrale einsenden müssen, möchte er den Gauleitungen überwiesen wissen. Der Redner spricht dann zu den Anträgen, welche die Unterstützungen im Verbande betreffen und ersucht um Annahme einiger derselben.

Fräulein Hoppe-Berlin spricht in längeren Ausführungen zur Agitation unter den Arbeiterinnen und tritt dafür ein, daß bei der Einrichtung weiblicher Agitationskomitees mehr Fleiß als bisher verwendet werde. Die Gleichberechtigung der weiblichen Mitglieder im Verbande habe insofern ein Loch, daß die Männer sich bei Wahlen ihrer leider nicht immer erinnerten. In der Schulung der Arbeiterinnen müsse noch viel mehr als bisher getan werden. Durch Annahme einer Resolution müsse das zum Ausdruck gebracht werden.

Jäckel-Berlin meint, daß die Methoden, welche für die Arbeiterinnenbewegung angewandt werden, nicht überall die gleichen sein könnten. Dennoch könne man den darauf bezüglichen Antrag annehmen. Die Frau aber muß erst durch uns für unsere Bestrebungen gewonnen werden.

Fräulein Simon-Brandenburg wünschte, daß die Kolleginnen für alle Posten im Verbande mehr als bisher herangezogen würden und so dem Gleichheitsprinzip mehr Rechnung getragen würde. Die 40-Pf.-Klasse sollte man für die schlechtverdienenden Frauen aufrechterhalten. Der „Textilarbeiter" sollte mehr für die weiblichen Mitglieder bringen, Artikel, welche den Frauen mehr zu Herzen gehen. Die Frauenschulungskurse sollten mehr gepflegt werden.

Dienstagssitzung: Nachmittag.

Butz-Krefeld erörtert in längeren Ausführungen die Krefelder Färberbewegung und hofft, daß die dort in letzter Zeit verlorengegangenen Mitglieder bald wieder zurückgewonnen sein werden. Die Unternehmer hätten übrigens durch den Krefelder Kampf Schläge erlitten, die sie nicht so leicht wieder verwinden dürften, ein Umstand, der uns bald zugute kommen muß. Wenn die Konjunktur sich wieder hebt, müssen die Unternehmer die heute noch Arbeitslosen wieder einstellen. — Die „Textilpraxis" werde sich mit der Zeit schon zum Durchbruch bringen.

Pattberg-Elberfeld: Die Agitation unter den Arbeiterinnen wird in ihren Erfolgen uns vielfach durch die Unternehmer wieder illusorisch gemacht durch Lohnzulagen, aus denen unaufgeklärte Kolleginnen folgern, daß die Organisation für sie nicht notwendig sei; daran würden auch Agitationskommissionen nichts ändern. Dennoch müsse aber auch immer wieder versucht werden, die Arbeiterinnen für uns zu gewinnen. Die Angestellten sollten durch Aeußerung von mehr Solidarität der Maulwurfsarbeit gewisser Elemente entgegenzutreten suchen. Mit den Gelben werde man schließlich fertig werden. Mit der Taktik des Fachblattes kann sich der Redner nicht in allen Fällen einverstanden erklären.

Reichelt-Berlin (Antragsvorberatungskommission) verteidigt die Anträge der Kommission und bespricht verschiedene Anträge. Wechsel in der Beschickung der Kongresse müsse eintreten. Eine schon lange gewünschte Färberkonferenz konnte wegen nicht genügender Vorbereitung noch nicht stattfinden. Gegenwärtig würde eine Spinnerkonferenz vorbereitet. Eine Konferenz der Jutearbeiter würde einberufen werden, wenn die nötigen Vorarbeiten erledigt seien.

Fuchs-Elberfeld geht auf eine interne Angelegenheit ein, die für die Oeffentlichkeit kein Interesse hat. Die 40-Pf.-Beitragsklasse sollte man nicht fallen lassen, um nicht Mitglieder einzubüßen. Die Sorge um die Jugend sollte auch eine größere sein.

Massuthe-Göppingen kommt auf die Fluktuation der Mitglieder, namentlich der weiblichen, zu sprechen und schlägt als Gegenmittel eine Aussteuer für sich verheiratende vor. Redner tadelt, daß bei ihrer Bewegung in Göppingen sich keiner der Redakteure sehen ließ. Bei den weiblichen Mitgliedern sollte man auch den Versuch machen, sie zur Zahlung höherer Beiträge zu veranlassen. Daß die Frauen nicht genug Interesse für Versammlungen zeigen, liege vielfach an ihren Männern. Wenn Broschüren und Jahrbücher des Verbandes nicht in gewünschtem Maße gekauft werden, liege es vielfach an der Aufmachung derselben. Die schwache Beteiligung an den Wahlen sei vielfach dem Umstande zuzuschreiben, daß sie am Sonntag stattfinden; wer nicht am Wahlorte wohnt, geht nicht zur Wahl.

Paul-Ronsdorf weist zurück, daß die Beamten sich unkollegial benommen hätten; wenn es in Ausnahmefällen geschehen sei, so erst infolge des unkollegialen Verhaltens der Kollegen, welche nicht im Angestelltenverhältnis sich befinden.

Lehnhoff-Barmen macht Paul Vorwürfe, daß er die Kollegenschaft in Barmen (wo P. früher angestellt war) in recht bedenkliche Situationen hineingedrängt habe, spricht dann zur Agitation unter den Arbeiterinnen und wünscht ein

Die Heiteretei.

Dieser ernsthaft-humorvollen Geschichte von Otto Ludwig, die soeben in der beliebten „Vorwärts"-Bibliothek (Preis jedes Bandes gebunden 1 Mk.)*) erschienen ist, widmet Genosse Dr. Franz Diederich eine liebenswürdige Einleitung, die wir mit Erlaubnis des Verlages der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H., Berlin, zum Abdruck bringen.

Wer ist die Heiteretei?

Ein Vorwort, das auch als Nachwort dienen kann.

Die Heiteretei gehört zu dem Besten, was das Volk an Geschichten aus seinem Leben besitzt, und also sollte jeder damit gut Freund sein. Es ist eine Geschichte für die heranwachsende Jugend und für alle reifen Lebensalter, und um ihr in der Arbeiterschaft Tausende von neuen Freunden zu gewinnen, soll sie einen bevorzugten Platz in der Vorwärts-Bibliothek erhalten.

Wer ist die Heiteretei, für die wir uns so verwenden?

Ein Prachtmädel trägt diesen Namen, eine, die sich ihr karges tägliches Brot schwer genug erobern muß. Ihr eigentlicher Name ist Anna Dora oder, wie die Leute ihrer thüringischen Heimat sagen, Annedorle, und im Städtchen Luckenbach ist sie zu Hause. Mit dem Schiebkarren fährt sie um Tagelohn auf die Dörfer hinaus. Hochaufgeschossen ist sie, hat ein frisches Gesicht, keckbraune Augen, einen dicken blonden Zopf, einen federnden Gang, und allzeit sitzt ihr ein treffendes Wort auf der Zunge. Ihren lustigen Namen hat das Annedorle gut verdient, aber es gibt in Luckenbach auch Leute, die meinen, sie sei auch wohl die Hochmutei dazu. Denn sie hat's manchem, der vor ihr überlegen tat, scharf genug zurückgegeben, zumal den Mannsleuten, die ihr zeigen wollten, daß sie mehr seien als so ein Mädchen, und daß so ein Mädchen nicht auskomme ohne ihre Hilfe. Da meinen sie nun, die Heiteretei wolle sie verspotten, und hoffen, sie werde wohl schon einmal schlecht anfliegen.

Vom Freien will Annedorle erst ganz und gar nichts hören. Als Kind hat sie anschauen müssen, wie der Vater die Mutter hart schlug. Das hat ihr den Sinn in Haß gegen die Männer und gegen das Heiraten gekehrt. Sie meint: „Ich bin ich. Und ich frei' einmal nicht und mag einmal nicht. Mein Brot verdien' ich allein, wenn ich schon ein arm' Mädle bin. Ich bin stark genug und bin klug genug, und ich brauch' keinen, und so ist's und nu ist's fertig!"

Sie meint freilich vom Holders-Fritz, der gern von der Schnitzbank wegläuft zum Trinken und Rajolen und sich von lockeren Kumpanen aufloben und ausschmarotzen läßt: „Ja, wenn er mich zur Frau hätt, da könnt er noch einer werden." Aber sie meint's nur wegen der Unordnung, in der Holders-Fritz seine Werkstatt liegen ließ, die sie nun rasch im Vorübergehen aufräumt, weil sie einmal das häusliche Durcheinander nicht leiden kann.

Auch der Holders-Fritz hat über das Dorle spotten wollen, um großzutun vor seinen Kumpanen. Aber da hat Dorle ihm furchtlos gesagt, was sie von seinem Treiben denkt, und auch, was sie heimlich gemeint hat. Der Fritz hat zwar dann zunächst so getan, als ob's ihn gar nicht rühren könnte, daß die Heiteretei ihm so den Kopf gewaschen, aber dann ist doch heimlich Merkwürdiges geschehen, nicht nur in seinem Haus und vor allem in ihm selbst, sondern in ganz Luckenbach her und hin und auch in der Heiteretei baufälligem Häuslein, an dem der alte Holunder lehnt.

Ein großes Getuschel von einem zum andern ist gewesen. Die Klatschbasen des Städtleins, die sonst von der Heiteretei nicht viel wissen mochten (sie wollten's schön verbergen, daß die Heiteretei sich nicht um sie kümmerte), haben auf einmal dem Mädchen nicht genug tun können mit Besuchen, Erzählen und Ratgeben. Eine große Verwirrung haben sie angerichtet, daß das Dorle nun mancherlei wichtige Dinge mehr noch als zuvor falsch gesehen hat, und daß fast ein schweres Unglück voll Not und Tod verursacht worden ist.

Da hat das Dorle mit den ungerufenen Ratgebern kurzerhand in ihrem Häuslein aufgeräumt und hat auch in dieser Sache, die schwer über sie gekommen ist, sich auf sich selbst verlassen und den rechten Weg in hartem Mühen und Wollen gefunden. Es hat sich nicht geduckt vor den Leuten, die in ihrer niedrigen Wut und Feigheit gesorgt haben, daß ihm die Arbeit versperrt ward und das letzte Stück Brot ausging. Schon hat sie ans Betteln von Tür zu Tür denken müssen und hat's doch nicht recht gekonnt aus innerem Stolz.

Der starke Trotz indes, der sie aufrecht hielt, war doch auch wieder nicht überall ganz und gar ihr guter Freund, trieb sie einmal auch tief in schlimmste Wirrnis hinein. Aber als sie das begriff, hat sie den Trotz in sich selbst zwingen und beherrschen gelernt. Tapfer hat sie das fertig gebracht, ohne doch der Starkwilligkeit ihrer Natur irgend Schaden zu tun. Sie hat sich nur noch fester und sicherer als zuvor in die eigene Hand genommen. Gegen die abweisende Härte, die hochmütig schien, hat sie hingebende Innigkeit des Gefühls eingetauscht. Sie ist etwas Ganzes geworden und hat ein Recht, Glück zu nehmen, weil sie Glück wiedergeben kann. Durch ihren Willen ist ihr der Weg ins Helle freigeworden, und wenn das Leben es von ihr fordert, wird sie zäh kämpfen können.

Otto Ludwig aus Eisfeld hat diese ernsthaft-humorvolle Geschichte geschrieben, und Wahrheit zu spiegeln ging diesem Dichter über alles. Die Menschen seiner Geschichte kennt jeder, sie leben überall, und sie vergehen nicht, ob auch die Zeit hineilt über die Geschichte, die jetzt mehr als ein halbes Jahrhundert alt ist. Nur sieht nicht jeder den Menschen so tief ins Innerste ihrer Natur, wie es dem echten Dichter gegeben ist. Aber im Leben kommt es darauf an, so zu sehen. Man muß die Menschen erschließen können, muß sie verstehen, wenn man mit ihnen leben und wirken will.

Ein gutes Dichterwerk ist eine Schule des Lebens. Es ist ganz etwas anderes und unvergleichlich viel mehr als eine bloß zeitvertreibende Unterhaltung für müßige Stunden. Die geht vorüber, ohne wertvolle Spuren zu hinterlassen. Ein Dichterwerk aber erweitert das Leben, klärt und festigt. Und deshalb gehört die Heiteretei zu den Büchern, die immer mehr Liebling des gesamten Volkes werden und die man von Jugend auf lesen muß. Man möchte vor allem wünschen: keine Mädchenjugend sollte ohne dieses Buch vergehn.

Fr. D.

*) Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Fachgewerbliche Rundschau.

Was geht in der Textilindustrie vor?

✡ **Krawattenkonvention.** Kürzlich war von uns mitgeteilt worden, daß die Mitglieder der Seidenfabrikantenkonvention Seide an Outsiders der Krawattenkonvention nur mit einem Preisaufschlage von 10 Prozent liefern. Jetzt wird von einem Krawattenfabrikanten geschrieben, daß ihm von Seidenfabrikanten die Lieferung von Seide selbst bei einem Aufschlage von 10 Prozent gegen sofortige Kasse abgelehnt worden sei, und zwar mit der Motivierung, daß der Fabrikant sonst von der Krawattenkonvention Repressivmaßregeln zu fürchten habe. — Trotz dieser Ablehnung wird es aber, so meint der Einsender der Zuschrift — der Konvention nicht gelingen, die Outsiders zu unterdrücken, da sowohl das Ausland als auch die Kleiderseidenfabrikanten bereits am Werke sind, den Seidenstoffabrikanten Konkurrenz zu machen.

engeres Zusammenarbeiten aller im Verbande vorhandenen Instanzen, und verwahrt sich dann gegen zu hohe Bemessung der Mankogelder.

Es sind eine Reihe Schlußanträge eingegangen. Ein solcher wird angenommen.

Hübsch-Berlin (Schlußwort zum Geschäftsbericht): Anknüpfend an Ausführungen über die internationale Färberkonferenz in Basel (verschiedene Redner waren auf dieselbe eingegangen), halte ich es für notwendig, zu sagen, daß die Länder Deutschland, Schweiz, Frankreich, Italien und Oesterreich in engere Fühlung miteinander treten müssen. Wenn die Konferenz nicht von dem gewünschten Erfolge war, so deshalb, weil die Färber jener Länder vorher nicht miteinander in engerer Fühlung standen. Die Verbandsgeschichte werde er schreiben, wenn ihm im Jahre 1915 auf einige Monate dazu Zeit gegeben werde. — Rössel sei jetzt offizieller Streikleiter, was er bekanntgeben wolle, um zu zeigen, daß also auch bei Streiks fortan es nicht an einheitlicher Leitung fehlen werde.

Zehms-Berlin bekommt das Schlußwort zu seinem Kassenbericht. Er hält an der Ansicht fest, daß Lokalzuschläge nicht entbehrt werden können. Er habe keineswegs zu schwarz gemalt.

Krätzig (Redaktion) nimmt das Schlußwort zum Pressebericht. Hinsichtlich der Agitation für den freien Sonnabendnachmittag habe die Redaktion keine Unterlassungssünde begangen, sie habe das ausgeführt, was sie im Einverständnis mit dem Vorstand tun mußte; wenn nicht mehr getan worden sei als geschehen, so sei dies Umständen zu danken, die er hier nicht preisgeben könne. Gewisse angefochtene Veröffentlichungen seien nicht der Redaktion, sondern denen zur Last zu legen, die immer was zu nörgeln haben. Wir müssen an den Aeußerungen solcher Leute zeigen, wie nicht gehandelt werden sollte. Das hat auch im Lande gar keinen Schaden gemacht, vielleicht aber den von uns gewünschten Nutzen gebracht. — Zu lang gehaltene Artikel werden nicht mehr erscheinen, sondern ihr Inhalt in Zukunft anders verarbeitet werden. Polemische Artikel seien leider nicht zu entbehren, wenn wir nicht alle Ausfälle gegen unsere Organisation unbeanstandet lassen sollen, wodurch diese ins Hintertreffen kommen könnte. — Artikel von Frauen, geschrieben für die Frauen, würden wir gern aufnehmen, wenn sie uns aus Mitgliederkreisen zugehen. Uebrigens tut Kollegin Hoppe in der Hinsicht ihr möglichstes und wir können ihre Artikel gar nicht alle unterbringen. Kleinere Feuilletons, die sich immerhin durch mehrere Blätter hinziehen müßten, sind auch nicht immer empfehlenswert. Wir werden indes auch darin versuchen müssen, Ihren Wünschen Rechnung zu tragen. — Die „Textilpraxis" sollte räumlich erweitert werden, was aber nur möglich sein wird, wenn die Abonnentenzahl erhöht wird, weil doch die Zuschüsse an das Blatt nicht ins Ungemessene gesteigert werden können. An Stoff für das Blatt fehlt es nicht; abgesehen von einer Branche, haben wir jetzt Beiträge aus allen Branchen auf längere Zeit hinaus vorrätig. — Massuthe sei zu sagen, daß es uns sehr lieb ist, daß uns gesagt worden ist, wir sollten bei allen größeren Bewegungen am Streikorte erscheinen, um uns über die Dinge zu unterrichten. Das Recht dazu haben wir zwar schon, doch scheint es Leute zu geben, die es nicht gern sehen, wenn wir von diesem Recht allzu reichlich Gebrauch machen.

Rössel verwahrt sich dagegen, daß im Vorstande solche Leute seien. Krätzig bemerkt, er habe nicht von Vorstandsmitgliedern gesprochen.

Es folgen dann eine Reihe persönlicher Bemerkungen, die wir hier übergehen können, weil wir die Aeußerungen, die zu ihnen Anlaß gaben, im Bericht auch nicht aufgeführt haben.

Dem Kassierer wird hierauf Entlastung erteilt.

Man schreitet hierauf zur Abstimmung über die „Zur Verwaltung" vorliegenden Anträge.

Angenommen werden die Anträge:

Die Ortskassierer erhalten aus der Lokalkasse ein Mankogeld in der Höhe von 1/4 Proz. der Einnahme (unter Ausschluß des Kassenbestandes) mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar 1913 mit der Maßgabe, daß nicht unter 5 Mk. und nicht über 100 Mk. pro Jahr gezahlt werden.

Zur Vorberatung der der Generalversammlung vorliegenden Anträge und Resolutionen wird eine Statutenberatungskommission eingesetzt, bestehend aus je einem Delegierten der vorhandenen Gaue, zwei Gauleitern, zwei Zentralvorstandsmitgliedern und einem Mitgliede des Verbandsausschusses. Die Wahl der Delegierten zu dieser Kommission wird vom Gauvorstand aus den Reihen der für die Generalversammlung gewählten Delegierten eines jeden Gaues vollzogen. Die Kommission muß aus Angestellten und Nichtangestellten zusammengesetzt sein, und zwar so, daß die Nichtangestellten eine Stimmenmehrheit besitzen. Die Gaue, die einen Angestellten oder Nichtangestellten als Delegierten in die Kommission zu wählen haben, bestimmt der Zentralvorstand. Die Delegation der zwei Gauleiter in die Kommission geschieht im Einvernehmen der Gauleiter und des Zentralvorstandes.

Die Generalversammlung beschließt, daß der Zentralvorstand einen Fonds von 10 000 Mk. anzulegen hat, dem laufend 1‰ der Einnahmen zuzuführen sind und aus dem Kollegen, die im Dienste des Verbandes körperlichen Schaden erleiden, nach Beschlüssen des Zentralvorstandes entschädigt werden sollen.

Im § 13 Ziffer 3 soll es anstatt im Monat Dezember im Monat Januar heißen.

Im § 13 Abs. 1 soll es statt „Hauptkassierer" heißen: „Gaukassierer".

Im § 16 Abs. 2 soll es heißen statt: „. . . soll die betreffende Filiale usw.": „soll die Gauleitung darauf aufmerksam gemacht werden".

In jeder Filiale sind möglichst weibliche Agitationskomitees zu bilden, um die Agitation unter den Kolleginnen zu betreiben.

Im Jahre 1914 eine Jutekonferenz einzuberufen.

Vorstand überwiesen.

Dann wurden folgende Resolutionen angenommen:

I. Informationsstelle.

Der Verbandstag erblickt in der Informationsstelle eine notwendige Einrichtung zum Zwecke der Schulung der Mitglieder auf allen mit der Textilindustrie zusammenhängenden Gebieten. Für ganz besonders wichtig hält er die weitere Ermittelung der Existenzpositionen sowie der Rolle der Textilindustrie innerhalb der Weltwirtschaft; des weiteren die Beobachtung der Konjunkturschwankungen und die Ermittelung der Ursachen dieser.

Der Verbandstag ist deshalb der Meinung, daß eine Weiterentwickelung des Bureaus notwendig ist und bestimmt zum Zwecke intensiverer Bearbeitung der bisher in Angriff genommenen Gebiete sowie der Nutzbarmachung der Lichtbilder für Branchenkunde und der Anlegung eines Archivs für die Geschichte der Industrie, in diesem Bureau im Laufe der nächsten Geschäftsperiode eine zweite Kraft anzustellen.

Jäckel.

II. Resolution zur Verkürzung der Arbeitszeit.

Die kapitalistische Produktionsmethode hat entsprechend den Fortschritten der modernen Technik den zur Herstellung eines Produktes erforderlichen Arbeitsprozeß immer mehr vereinfacht. Die auf den Arbeiter entfallende Leistung ist nur ein Teil der zur Fertigstellung des Produktes erforderlichen Arbeitsleistung.

Durch die Zerlegung des Gesamtarbeitsprozesses in einzelne Teilleistungen vermehrte sich die Arbeitsintensität für den Arbeitenden bedeutend. Die Produktivität des immer rein mechanisch denselben Teil eines Produktes herstellenden Arbeiters hat sich dadurch gegen früher erheblich gesteigert.

Die immer beschleunigtere Gangart der Maschinen treibt den Arbeiter, der sie bedient, zur höchsten Leistungsfähigkeit an. Ein Heer von Aufpassern sorgt außerdem noch dafür, daß der Arbeitende während der Arbeitszeit ohne Aufenthalt arbeiten muß, um die Maschine voll auszunutzen.

Diese Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft bringt für den Kapitalismus, den Besitzer der Maschinen, Vorteile, für den Arbeiter bringt sie die schwersten gesundheitlichen Schädigungen.

Die Hetze der täglichen Arbeitsfron zerrüttet das Nervensystem des Arbeitenden. Die Gleichmäßigkeit der ihm zufallenden Teilarbeit hemmt seine geistige Entwickelung und macht ihn unempfindlich dafür, daß er im Produktionsprozeß nichts weiter ist, als Bediener der Maschine.

Diese Unempfindlichkeit gegen die sie umgebenden Verhältnisse ist ein schweres Hemmnis zur Aufwärtsentwickelung der Arbeiterklasse, die bestrebt sein muß, sich ihre Arbeitskraft so lange als möglich zu erhalten.

Die Verkürzung der Arbeitszeit ist deshalb für die Arbeiterschaft von allergrößter Bedeutung um den Folgen der hetzenden Arbeitsfron nicht allzu früh zu erliegen.

Für die Textilindustrie, besonders mit ihren nach Tausenden zählenden arbeitenden Frauen und Müttern, den jugendlichen Arbeitskräften beiderlei Geschlechts, die sich in überlangen Arbeitszeiten in ungesunden Arbeitsräumen abmühen müssen, ist die Verkürzung der Arbeitszeit eine zwingende Notwendigkeit, die dringendste Forderung. Der von der Organisation erkämpften Arbeitszeitverkürzung folgte stets eine Steigerung der Arbeitsleistung, so daß entsprechend der an die arbeitenden Menschen gestellten Anforderungen die jetzt bestehende Arbeitszeit viel zu lang ist.

Der Frauen, die in zehnstündiger Arbeitszeit an den Betrieb gefesselt sind, wartet zu Hause ein neues Tagwerk im Haushalt. Die Gesundheit der Frauen wird dadurch untergraben, die Befähigung zur Mutterschaft herabgesetzt. Das Wohl des Volkes beruht auf einer gesunden, leistungsfähigen Nachkommenschaft, die nur von gesunden Eltern hervorgebracht werden kann.

Es ist deshalb für die Durchsetzung der Klassenforderungen der Arbeiterschaft wie für die Erhaltung der Volkskraft von größter Wichtigkeit, die Arbeitszeiten so zu regeln, daß die Gesundheit der Arbeiterschaft vor den schwersten Schädigungen geschützt ist, den arbeitenden Vätern und Müttern die Möglichkeit der Wiederherstellung des gefährdeten Familienlebens, Zeit zu körperlicher und geistiger Erholung gegeben wird.

Deshalb beschließt die Generalversammlung:

Die Propaganda für die weitere Verkürzung der Arbeitszeit ist unausgesetzt zu betreiben. Insbesondere ist nachdrücklichst Wert darauf zu legen, daß der freie Sonnabendnachmittag, wo er noch nicht besteht, überall eingeführt werde. Diese im Interesse unserer weiblichen Arbeiterschaft liegende Forderung, deren Durchführung ihnen erst einen vollen Ruhetag ermöglicht, ist zunächst die wichtigste Forderung zur Verkürzung der Arbeitszeit. Die Agitation für die Verweigerung der Ueberstunden ist lebhaft zu betreiben, um ihre gänzliche Abschaffung herbeizuführen und die Forderung eines neunstündigen Arbeitstages für die gesamte Textilindustrie vorbereiten zu können.

Die Generalversammlung beauftragt die Agitationsleiter, die Forderung der weiteren Verkürzung der Arbeitszeit in den Mittelpunkt der Agitation zu stellen, um den Weg für den achtstündigen Normalarbeitstag zu ebnen.

III. Resolution zur fachtechnischen Bildung der Textilarbeiterschaft.

Diesem Zweck dient der gewerkschaftliche Kampf. Zur Förderung dieses Kampfes ist erforderlich hohes fachtechnisches Wissen.

Die moderne kapitalistische Warenproduktion, deren Grundprinzip die Herstellung von Massengütern zum Zwecke der Ueberschußwirtschaft ist, hat in der Textilindustrie nahezu restlos aufgeräumt mit den Produktionsmethoden des Handwerks. Bei der Produktionsmethode des Handwerks ruhte der Schwerpunkt hoher Leistungsfähigkeit in der Beschaffenheit der Arbeitskraft; je vollkommener der einzelne Arbeiter den ganzen Produktionsprozeß beherrschte, um so wertvoller war er für die handwerksmäßige Produktion. Die Produktionsmethode des Kapitalismus hat den Schwerpunkt hoher Leistungsfähig-

Internationale Baumwollstatistik am 1. März 1914.

	Spindelzahl überhaupt 1. März 1914	Berichtende Spindeln 1. März 1914	Spinnervorräte überhaupt 1. März 1914	Spinnervorräte überhaupt 31. Aug. 1914	Spinnervorräte amerikanische 1. März 1914	Spinnervorräte amerikanische 31. Aug. 1914	Spinnervorräte indische 1. März 1914
England . . .	55 971 501	50 568 794	465 015	339 859	283 783	200 051	12 405
Ver. Staaten .	31 519 766	31 519 766	1 726 000	777 000	1 686 000	698 000	2 000
Deutschland . .	11 404 944	11 163 498	401 750	257 684	255 016	156 120	94 948
Rußland . . .	9 111 835	7 805 859	508 767	435 251	91 097	99 633	10 026
Frankreich . .	7 400 000	7 250 570	223 816	161 545	129 645	86 650	43 548
Indien . . .	6 397 142	5 151 293	409 875	495 106	4 319	9 494	405 309
Oesterreich . .	4 941 320	4 831 852	188 663	154 240	109 402	76 628	63 379
Italien . . .	4 600 000	3 880 785	180 387	122 586	113 463	77 864	52 120
Spanien . . .	2 200 000	1 875 200	74 137	87 400	47 978	27 472	12 580
Japan . . .	2 414 544	2 414 544	453 585	584 710	117 047	97 658	292 929
Schweiz . . .	1 383 572	1 273 014	35 215	18 046	18 544	9 076	2 362
Belgien . . .	1 518 134	1 518 134	72 638	44 397	27 463	18 915	42 657
Portugal . . .	482 000	400 000	3 600	7 767	2 150	6 025	50
Holland . . .	499 994	499 994	16 130	11 862	9 390	6 183	5 185
Nordd. Länder .	699 260	529 655	26 668	17 669	22 809	15 270	3 176
Kanada . . .	860 000	855 059	48 368	26 752	48 172	26 496	—
Andere Länder .	3 300 000	531 795	27 882	48 897	1 366	1 831	750
Insgesamt 1914	144 704 012	132 059 812	4 862 494		2 967 644		1 040 385
„ 1913	142 186 308	126 714 982	4 769 535	3 540 771	3 267 962	1 622 366	607 197
„ 1912	139 312 870	123 564 126	4 200 413	3 869 540	2 815 942	2 044 105	534 543
„ 1911	135 596 724	122 226 091	4 060 740	2 619 052	2 565 500	1 135 166	706 767
„ 1910	133 421 004	119 154 411	4 166 688	2 523 786	2 753 714	1 123 826	625 050
„ 1909	130 795 927	113 752 697	4 266 927	3 183 992	3 044 644	1 887 600	534 527
„ 1908	—	—	2 791 854	2 728 045	1 558 367	1 543 663	739 157

Von den drei wichtigsten Baumwoll-Industrieländern stellte sich der Vorrat an Baumwolle am 1. März d. J. in England auf 465 015 Ballen (im Vorjahr 494 367 Ballen, 1912 430 143 Ballen, 1911 399 021 Ballen, 1910 415 182 Ballen und 1909 464 388 Ballen), in den Vereinigten Staaten auf 1 726 000 Ballen (i. V. 1 958 000 Ballen, 1912 1 543 000 Ballen, 1911 1 525 000 Ballen, 1910 1 674 000 Ballen und 1909 1 831 800 Ballen) und in Deutschland auf 401 750 Ballen (i. V. 370 280 Ballen, 1912 328 582 Ballen, 1911 307 596 Ballen, 1910 341 399 Ballen und 1909 401 207 Ballen).

Verschärfung des Streites im Krawattenzweig. Die in Düsseldorf gepflogenen Verhandlungen zwischen den Verbänden der Hersteller und denen der Abnehmer (unter Führung des Hamburger „Verbandes deutscher Detailgeschäfte der Textilbranche") haben — wie die „Textilwoche" erfährt — zur Verständigung nicht geführt, da die Abnehmer jeden, auch einen von den Herstellern vorgeschlagenen, abgestuften Schutzskonto grundsätzlich ablehnten. Die Verbände der Abnehmer haben denen der Hersteller einen Beschluß zugestellt, daß sie sie bei der Aufstellung einheitlicher Bedingungen in vollstem Maße unterstützen würden, daß sie aber die Einführung eines Schutzskontos und jede andere Zwangsmaßregel zur Beitreibung von fernstehenden Firmen ablehnen und diejenigen Mitglieder des Verbandes der Hersteller, welche der Erfüllung dieses einmütigen Wunsches der Abnehmer Widerstand entgegensetzen sollten, persönlich für diese Stellungnahme verantwortlich machen würden.

Ausdehnung der russischen Kammgarnspinnereien. Die deutsche und österreichische Kammgarnindustrie hat durch die fortwährend gesteigerte Produktion der russischen Kammgarnspinnereien den Verlust des früher sehr bedeutenden russischen Absatzgebietes, für welches es keinen Ersatz gibt, zu befürchten. Die schon seit Jahren in Rußland gegründeten französischen Spinnereien hatten der deutschen und österreichischen Kammgarnspinnerei bereits viele Aufträge fortgenommen, trotzdem war es immerhin noch möglich, deutsche und österreichische Fabrikate nach Rußland zu verkaufen. Neuerdings sind nun im Lodzer Bezirk nicht weniger als vier große Etablissements für Kammgarngespinste ins Leben gerufen worden, die natürlich zuerst den Bedarf des Landes decken werden, so daß für die deutschen und österreichischen Lieferanten wenig oder gar nichts nach dort zu liefern übrig bleiben wird.

Bericht über die Lage des Leinengarnmarktes. Während in der ersten Hälfte des Monats April infolge des starken Druckes der ausländischen Konkurrenz zwar sehr große Verkäufe in Flachs und Werggarnen, aber vielfach zu weichenden Preisen abgeschlossen wurden, verbesserte sich gegen Ende des Monats die Situation sehr wesentlich. Infolge der Befestigung der Rohmaterialpreise ließ der ausländische Wettbewerb nach und es gelang, die Preise zu halten, zum Teil sogar etwas zu erhöhen. Man kann im allgemeinen wohl sagen, daß der Monat April mit steigender Tendenz abschloß und daß die Lage des Garnmarktes durchaus gesund ist. Dafür, daß sehr starker Bedarf vorhanden ist, spricht der Umstand, daß der Abruf auf ältere Schlüsse fast überall ein sehr lebhafter und in Werggarnen ein außerordentlich drängender ist. Bis zum Ende des Jahres sind wohl alle Spinnereien mit Aufträgen gut versorgt.

Internationale Flachsstatistik. Der im vorigen Jahre in Gent abgehaltene „Internationale Kongreß der Flachs- und Werggarnspinner-Vereinigungen" hatte beschlossen, die Regierungen der einzelnen Staaten zu veranlassen, in jedem Jahre eine Statistik über die Flachsaussaat zu erheben. Wie jetzt bekannt wird, haben sich alle in Betracht kommenden Regierungen bereit erklärt, ihrerseits die bezüglichen Berichte zu erteilen, nur in Oesterreich sollen die betreffenden Arbeiten noch nicht abgeschlossen sein.

Die Aussichten der diesjährigen Weltseidenernte. Aus Frankreich wird aus allen Distrikten übereinstimmend gemeldet, daß bisher die Witterung der Ernte günstig sei. Dasselbe gilt auch von Italien. In der Provinz Toskana rechnet man auf eine sehr gute Ernte, ebenso in Venetien; die Lombardei erwartet zum mindestens dasselbe Ergebnis wie im Vorjahr, desgleichen Piermont. Ueber die asiatische Seidenernte liegt bis jetzt nur ein Kabelbericht aus Canton vor. Danach wird die erste Ernte auf 6000 bis 7000 Ballen geschätzt. Tirol wird ein größeres Ernteergebnis als im Jahre 1913 haben, nicht minder Ungarn. Syrien dürfte weniger Seide als im Vorjahr hervorbringen, während die Angaben aus Anatolien noch unbestimmt lauten. Die Nachrichten aus Spanien lassen bis jetzt eine gegen das Vorjahr verstärkte Ernte erwarten.

Die Gesamterzeugung der italienischen Seidenhaspelei dürfte die Summe von 4 702 000 Kilogramm in 1913, gegen 5 207 000 Kilogramm in 1912 erreicht haben. Zieht man die Statistik der vorhergehenden Jahre in Betracht, so ergibt sich, daß sich die 1913er Zahlen denen des Jahres 1911 nähern.

Erzeugnis der italienischen Haspelei:

	Erzeugte Seide in 1000 Kilogramm von italienischen Kokons	von fremden Kokons	Gesamt
1904	4900	751	5651
1905	4440	1112	5552
1906	4745	1302	6047
1907	4820	1353	6173
1908	4486	1012	5498
1909	4251	1410	5661
1910	3947	944	4891
1911	3490	1224	4714
1912	4105	1102	5207
1913	3540	1162	4702

Diese Zahlen geben übrigens nicht genau die wirkliche Erzeugung der italienischen Haspelei während der genannten Jahre an, wohl aber die Kokonversorgung, welche dieser Industrie zur Verfügung gestanden hat, sei es durch die heimischen Ernten oder durch Einführung fremder Kokons.

keit von der Arbeitskraft genommen und in das Arbeitsmittel, die Maschine, verlegt. Dadurch hat der Arbeiter eine große Entwertung im Produktionsprozeß erfahren. Aus dem geistigen Schöpfer des Produkts und dem Beherrscher des Arbeitsmittels von damals ist der Arbeiter zu einem Sklaven der Maschine von heute degradiert worden; zu einem Sklaven der Maschine, den der Unternehmer in sehr vielen Fällen nur als notwendiges Uebel des Produktionsprozesses ansieht und den er daher durch neue Verbesserungen der Maschine soviel als möglich zu beseitigen sucht.

Dies ist der eine Zweck, weshalb heute der fachtechnischen Vervollkommnung des Arbeitsmittels weit mehr Beachtung geschenkt wird wie der fachtechnischen Vervollkommnung der Arbeitskraft. Aber es gibt für diese auffällige Erscheinung noch einen anderen Zweck. Die Arbeitsmittel sind Eigentum der Kapitalisten, während die Arbeitskraft das Eigentum der Proletarier ist. Die immer größere fachtechnische Vervollkommnung der Arbeitsmittel ist daher ein Wertzuwachs für das Eigentum der Kapitalisten, während eine immer größere fachtechnische Vervollkommnung der Arbeitskraft eine Wertsteigerung für das Eigentum der Proletarier ist. An der Wertsteigerung des Eigentums der Proletarier, welches zugleich die Ware ist, die von den Kapitalisten gekauft werden muß, haben diese natürlich kein Interesse, sie wollen nicht im Werte gesteigerte, sondern billige Arbeitskraft.

Deshalb müssen die Arbeiter die Wertsteigerung ihres Eigentums, die Wertsteigerung der Arbeitskraft, selbst in die Hand nehmen. Für den Textilarbeiter, die Textilarbeiterin ist ein Mittel dazu die „Textil-Praxis", die fachtechnische Zeitschrift für Textilarbeiter. Die „Textil-Praxis" ist bestrebt, den Textilarbeiter wie die Textilarbeiterin in die für sie so wichtige Materiallehre und die Gewerbe- und Maschinentechnik einzuführen, um ihnen die praktische Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit nach Möglichkeit zu erleichtern. Wohl haben wir in Deutschland eine Anzahl Fachschulen der Textilindustrie, aber die Bedingungen für den Besuch derselben sind, der hohen Kosten wegen, für 99 von 100 der Textilarbeiter nicht zu erfüllen.

Da muß es Aufgabe der Gewerkschaft sein, den Arbeitern zu Hilfe zu kommen.

Die Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes begrüßt daher mit großer Freude das Erscheinen der „Textil-Praxis" als Mittel zur fachtechnischen Schulung und wirtschaftlichen Hebung der Textilarbeiter und -arbeiterinnen.

Zugleich spricht die Generalversammlung die Erwartung aus, daß jeder Verbandskollege und jede Kollegin sorgen möge für allgemeine Verbreitung dieses fachtechnischen Bildungsmittels, damit es recht bald noch weiter ausgebaut und vervollkommnet werden könne.

Die Generalversammlung sieht in der „Textil-Praxis" ein Mittel zur Bereicherung des fachtechnischen und fachgewerblichen Wissens der Textilarbeiter und -arbeiterinnen, welches geeignet ist, diejenigen, die sich dieses Wissen aneignen, fester und bei lohnenderer Arbeit im Arbeitsverhältnis zu verankern, wie jene Arbeiter und Arbeiterinnen verankert sind, die von der ersten besten Person auf der Landstraße ersetzt werden können.

Die „Textil-Praxis" hat sich also zum Grundsatz gemacht, alle Erfahrungen aus der Praxis der Praxis nutzbar zu machen und bildet somit eine Schau des praktischen Wissens für die gesamte deutsche oder deutschsprechende Textilarbeiterschaft. Sie füllt damit auf dem Gebiete des praktischen Fachwissens für die Textilarbeiter eine Lücke aus, wie kein anderes der in Deutschland vorhandenen Textilfachblätter und verdient deshalb allein schon in Textilarbeiterkreisen die weiteste Verbreitung.

IV. Verbandsgeschichte.

Die Generalversammlung ersucht den Kollegen Hübsch, bis spätestens 1916 eine kurzgefaßte Geschichte des Verbandes seit seiner Gründung unter Ausschluß der Geschichte der Industrie fertigzustellen.

Weiter wurde noch ein Antrag angenommen, daß der Vorstand die Wahlen unter gewissen Umständen auch für den Sonnabend zulassen kann.

Panzer-Leipzig begründet hierauf die Haltung der Antragsberatungskommission zu den Anträgen zu den Beiträgen usw.

Es folgt dann eine Debatte, an welcher sich beteiligten: Scholz-Landeshut, van den Berg-Kirschau, Görner-Chemnitz, Kutschau-Lauban, Micklich-Euskirchen.

Die Debatte wird durch Annahme eines Schlußantrages beendet.

Folgende Anträge werden angenommen:

Antrag 20 erhält folgende Fassung:

Sämtliche Filialen haben einen Lokalzuschlag von mindestens 5 Pf. pro Mitglied und Woche einzuführen.

Neuer § 6a.

Beitritt, Beitrag und Unterstützungssatzungen für Heimarbeiter und -arbeiterinnen.

Beitritt.

1. In dieser Klasse können alle diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen Aufnahme finden, die in der Heimindustrie beschäftigt und deren wöchentlicher Arbeitsverdienst bei Arbeiterinnen 6 Mk., bei Arbeitern 10 Mk. nicht übersteigt.

2. Arbeiterinnen, die wegen Verheiratung oder wegen sonstiger Umstände ihr Arbeitsverhältnis im Fabrikbetriebe aufgeben.

3. Arbeiter und Arbeiterinnen, die während ihrer Mitgliedschaft invalid geworden sind.

Beitrag.

Der wöchentliche Beitrag beträgt für diese Klasse außer Lokalzuschlag 20 Pf.

Unterstützungen.

1. Bei Streikunterstützungen: nach Leistung von 26 Wochenbeiträgen 1 Mk. pro Tag. Jedoch darf die Unterstützung den durchschnittlichen Arbeitsverdienst nicht übersteigen.

2. Bei Maßregelung nach Leistung von 26 Wochenbeiträgen 1,50 Mk. auf die Dauer von 40 Tagen. Jedoch darf die Unterstützung den durchschnittlichen Arbeitsverdienst nicht übersteigen.

3. Krankenunterstützung: nach Leistung von 52 Wochenbeiträgen pro Tag 40 Pf. auf die Dauer von 40 Tagen.

Diese Unterstützungssätze können nach unseren statutarischen Bestimmungen in Perioden von 104 Wochen nur einmal bezogen werden. Innerhalb dieser 104 Wochen müssen mindestens 52 Beiträge geleistet werden.

4. Sterbeunterstützung: nach Leistung von 104 Wochenbeiträgen 20 Mk.

Mitglieder, die wegen Invalidität oder wegen Verheiratung und sonstigen Umständen ihr Arbeitsverhältnis in dem Fabrikbetrieb aufgeben und zur 20-Pf.-Klasse übergetreten sind, erhalten im Sterbefalle die Sterbeunterstützung nach Jahren der Mitgliedschaft und der Klasse gerechnet, in welcher sie die letzten 26 Wochen vor ihrem Uebertritt in die 20-Pf.-Klasse gezahlt haben. Die gezahlten 20-Pf.-Beiträge werden in die Klasse aufgerechnet, welche das Mitglied vor seinem Uebertritt gezahlt hat.

5. Rechtsschutz: nach § 49 des Statuts.

Durch Annahme dieses Antrags soll folgende Aenderung des Absatz 1 zu § 6 Platz greifen:

„Das Eintrittsgeld beträgt 50 Pf., in Klasse I und für Heimarbeiter nach § 6a 25 Pf. Den Filialen bleibt es überlassen, ein höheres Eintrittsgeld zu erheben." Absatz 4 des § 6 ist zu streichen. Absatz 5 des § 6 soll folgende Fassung erhalten:

„Mit Vollendung des 17. Lebensjahres müssen die weiblichen Mitglieder mindestens in die 30-Pf.-Klasse, die männlichen Mitglieder mindestens in die 40-Pf.-Klasse zahlen, jedoch steht allen Mitgliedern dann auch eine höhere Beitragsklasse frei."

Durch Annahme des § 6a soll der Absatz 16 des § 47 unseres Statuts gestrichen und folgende Fassung angenommen werden:

„Den Mitgliedern in Klasse I kann im Falle der Erkrankung Unterstützung nach den Satzungen des § 6a gewährt werden."

Dem Antrag 24 soll durch Abänderung des Absatzes 9 zu § 6 unseres Statuts durch Aufnahme nachstehender Satzung Rechnung getragen werden:

Neuer Absatz 9 zu § 6.

„Den Filialen steht das Recht zu, den Wochenbeitrag zu erhöhen, jedoch ist die Verwaltung einer Filiale, in der die Beiträge erhöht werden sollen, verpflichtet, den Mitgliedern der Filiale hiervon frühzeitig Kenntnis zu geben. Wird einem solchen Antrag von der Mehrheit einer hierzu einberufenen Mitgliederversammlung zugestimmt, so hat die Minderheit sich diesem Mehrheitsbeschluß zu fügen. Zur Beitragserhöhung ist die Genehmigung des Zentralvorstandes einzuholen.

Unter denselben Voraussetzungen sind die Ortsverwaltungen verpflichtet, für die einzelnen Branchen resp. für bestimmte Abteilungen der Branchen Versammlungen einzuberufen, in welchen durch die Branchen- oder Abteilungsbeteiligten durch Mehrheitsbeschluß festzulegen ist, welche höheren Beitragsklassen für die gesamte Branche oder für die einzelnen Abteilungen, entsprechend den Durchschnittslöhnen, in Frage kommen. Die Minderheit der Mitglieder in den einzelnen Abteilungen oder Branchen hat sich dem Mehrheitsbeschluß, wenn derselbe die Zustimmung der Ortsverwaltung und des Zentralvorstandes erhalten hat, zu fügen."

Antrag 25, 26, 27 und 28 wurden einstimmig abgelehnt.
Antrag 29 einstimmig abgelehnt.
Antrag 30 erledigt durch Annahme des Antrages 24.
Antrag 30a abgelehnt.
Antrag 31 abgelehnt.
Antrag 32 durch Annahme des Antrages 24 erledigt.
Antrag 33 zugunsten des Antrages 36 zurückgezogen.

Antrag 34: § 7 Absatz 4 des Statuts enthält folgende Fassung:

„Für weibliche Mitglieder, welche vorübergehend freiwillig die Arbeit aussetzen, sowie für diejenigen Mitglieder, welche infolge Krankheit und Arbeitslosigkeit für 52 Wochen Beiträge nicht geleistet haben, erlischt mit Ablauf der 52. Woche die Mitgliedschaft; dieselbe lebt wieder auf, wenn innerhalb zwei Wochen nach ihrem Erlöschen bei der Ortsverwaltung ein diesbezüglicher Antrag gestellt wird und von der 53. Woche an die Beiträge laufend weitergezahlt werden. Die alten Rechte auf Unterstützung treten erst wieder ein, nachdem vom Wiederaufleben der Mitgliedschaft an 26 Wochenbeiträge gezahlt sind. Während der Zeit, in welcher Beiträge nicht geleistet werden, verbleibt nur der Anspruch auf Sterbeunterstützung."

Mittwochssitzung: Vormittag.

Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission sind mitsamt Vorstand, Ausschuß und Redaktion zusammen 191 Vertreter anwesend. Drei Mandate hat die Kommission beanstandet, weil sie nicht vorschriftsmäßig unterzeichnet waren. Sie werden aber von der Generalversammlung als gültig angesehen, wenn es auch die Generalversammlung rügt, daß die Mandate Mängel aufweisen.

Man schreitet in der Beratung der Anträge fort.

Panzer-Leipzig bittet, den Antrag 48 dem Zentralvorstande zu überweisen, weil nicht vorauszusehen sei, daß dem Antrag immer wörtlich nachgekommen werden könne; wenn es möglich sei, solle es aber geschehen. Er empfiehlt dann die Annahme der anderen Anträge, welche die Generalversammlung betreffen.

Folgende Anträge werden angenommen:

Dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen wird Antrag 48.

Dem Antrag 49 und 50 soll durch Einfügung des Absatzes Ia zu § 51 des Statuts laut folgender Fassung Rechnung getragen werden:

„Sind im Wahlkreis bis zum Ablauf des Termins zur Aufstellung von Kandidaten nur soviel Kandidaten aufgestellt, wie Delegierte zu wählen sind, so gelten die vorgeschlagenen Kandidaten als gewählte Delegierte."

Antrag 51 gegen 3 Stimmen angenommen.

Antrag 52 soll folgende Fassung erhalten:

„Der Zentralvorstand wird auf der Generalversammlung vertreten durch die besoldeten Vorstandsmitglieder und durch zwei der unbesoldeten; der Ausschuß in der Regel durch den Vorsitzenden und durch ein weiteres seiner Mitglieder; die Revisionskommission durch eines ihrer Mitglieder; die Fachzeitung durch die beiden Redakteure."

Bei § 51 Absatz 12 sind die Worte beizufügen:

Sind im Wahlkreise nur so viele Kandidaten nominiert, als Delegierte zu wählen sind, so kann die Wahl der Delegierten auch per Akklamation in der Mitgliederversammlung erfolgen.

§ 51 Absatz 3 erhält folgenden Zusatz:

Ist in einem Wahlkreise nur ein Kandidat in Vorschlag gebracht, so gilt derselbe als gewählt, wenn nicht bis zum Wahltage Protest aus dem Wahlkreise dagegen erhoben ist.

Die §§ 26 und 51 Absatz 1 wie folgt zu ändern:

Jede Filiale wählt, sobald die Zahl der Mitglieder 500 beträgt, einen Delegierten, bei 1500 und mehr Mitgliedern zwei und bei 2500 Mitgliedern drei Delegierte. Von da ab für jede weiteren 1500 Mitglieder einen weiteren Delegierten.

Maßgebend ist die Mitgliederzahl der Abrechnung vom dritten Quartal des der Generalversammlung vorangehenden Jahres. Orte mit weniger als 500 Mitgliedern werden vom Zentralvorstand zu Wahlabteilungen zusammengelegt und wählen gemeinsam einen Delegierten.

Zusammengelegte Wahlkreise sollen in der Regel nicht mehr als 500 Mitglieder umfassen.

Auch wird ein Antrag empfohlen, nach welchem die Gaukonferenzen fortan nur nach Bedarf stattfinden sollen. (Auf Antrag von 5 Filialen.)

Der Antrag wird abgelehnt.

Laubsch-Chemnitz begründet den Antrag 51.

Wolframm-Zschopau und Fritsch-Liegnitz haben Bedenken gegen den Antrag bezüglich der Gaukonferenzen, weil sonst die Mitglieder keine Gelegenheit hätten, eine Gaukonferenz zu verlangen.

Reichelt-Berlin zerstreut die Bedenken der Vorredner; der Vorstand werde sich einem Antrage der Mitglieder auf Einberufung einer Konferenz nicht widersetzen. Das Interesse für Konferenzen werde gehoben, wenn sie nur nach Bedarf stattfinden.

Kutzleb-Berlin wendet sich gegen den Antrag 52 auch in seiner neuen Form. Die unbesoldeten Vorstandsmitglieder würden bei der Vertretung auf der Generalversammlung zu wenig berücksichtigt.

Deffner-Kempten wünscht, daß es bezüglich der Gaukonferenzen beim alten bleibe. Auch die Vertretung des Vorstandes auf der Generalversammlung könne bleiben wie sie ist.

Es wird ein Schlußantrag angenommen.

Es werden hierauf die Anträge auf Streikregeln bezüglich behandelt.

Es sprechen zu den Anträgen Panzer-Leipzig, Besenbruch-Barmen, Sittig-Limbach, Lehnhoff-Barmen, Pohler-Barmen, Hermsdorf-Leipzig, Hopfe-Mannheim, Vater-M.-Gladbach, Reichelt-Berlin.

Es werden angenommen die folgenden Anträge:

Antrag 57. Zu § 28 des Statuts soll als Absatz 3 eingefügt werden:

„Jeder Antrag auf Arbeitseinstellung gilt als abgelehnt, wenn nicht mindestens zwei Drittel der für die Bewegung in Betracht kommenden Verbandsmitglieder dafür gestimmt haben. Ebenso ist bei jeder späteren Beschlußfassung eine Majorität von zwei Drittel der Mitglieder für die Fortsetzung des Kampfes erforderlich. Diese Abstimmungen haben geheim, mittels Stimmzettels, zu erfolgen."

Durch diesen Absatz 3 erhalten die Ziffern 3, 4 und 5 die Ziffern 4, 5 und 6.

Antrag 58 soll folgende Fassung erhalten:

„Nach § 39 wird als § 40 eingeschoben:

Den nach einem Streik oder nach einer Aussperrung nicht eingestellten Unterstützungsberechtigten wird auf Antrag und unter Zustimmung des Zentralvorstandes auf die Dauer von vier Wochen die Streikunterstützung weiter gezahlt.

Durch die Annahme dieses Antrages soll Absatz 4 des § 43 des Statuts gestrichen werden."

Zur Gemaßregeltenunterstützung und Streikunterstützung werden nach längerer Debatte die folgenden Anträge angenommen:

„§ 38 soll als Absatz 7 hinzukommen: Nach je 13wöchiger Dauer eines Streiks wird an alle Mitglieder, soweit sie als Haupternährer einer Familie in Betracht kommen, ein Wohnungszuschuß in der Höhe einer wöchentlichen Unterstützung gewährt."

(Dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen.)

Es werden die Anträge zur Umzugsunterstützung behandelt:

Angenommen werden folgende Anträge:

„Verläßt ein arbeitsloses Mitglied, das zur Umzugsunterstützung berechtigt ist, den Ort, ohne den Umzug gleich vorzunehmen, so erlischt der Anspruch auf die Umzugsunterstützung, wenn vom Tage der Entlassung an länger als sechs Monate vergangen sind."

„§ 45 Abs. 7. Die Umzugsunterstützung kann in 104 Wochen einmal bis zur Höchstgrenze bezogen werden. Diese Bestimmung bezieht sich nicht auf Mitglieder, welche wegen Maßregelung oder Streik verziehen mußten."

„Nach Orten, die wegen Differenzen gesperrt sind, wird die Umzugsunterstützung nicht gewährt."

Zur Reiseunterstützung wird folgender Antrag angenommen:

„Mitglieder, die aus Dänemark zureisen, erhalten die Reiseunterstützung nach dem deutschen Statut, unter Einschluß dessen, was sie in der laufenden Unterstützungsperiode an Reiseunterstützung in Deutschland erhalten haben.

Zur Arbeitslosenunterstützung spricht Panzer-Leipzig als Berichterstatter der Kommission gegen eine Reihe der vorliegenden Anträge, empfiehlt aber auch die Annahme einiger anderer.

Zur Abstimmung über die Anträge kam es in der Vormittagssitzung noch nicht. Die Debatte wird nachmittags fortgesetzt.

Mittwochssitzung: Nachmittag.

Die Debatte wird fortgesetzt. Folgende Anträge werden angenommen:

§ 46 Ziffer 3 erhält folgenden 2. Absatz: „Wird ein arbeitsloses Mitglied durch Krankheit erwerbsunfähig, so kommen die Karenztage für die Krankenunterstützung in Wegfall."

Nach § 46 Ziffer 4 wird eingeschaltet: „Desgleichen kann bei Arbeitslosigkeit, welche durch militärische Dienstleistung verursacht wurde, Arbeitslosenunterstützung nach Maßgabe des Statuts gewährt werden."

Für Uebungstage darf Unterstützung nicht gezahlt werden.

§ 46 Absatz 2 erhält folgenden Zusatz: „und haben sich die Arbeitslosen der von der Filialverwaltung vorgeschriebenen Kontrolle zu unterwerfen."

Antrag 96 soll durch Aenderung der Absätze 3 und 4 des § 46 in folgender Fassung Rechnung getragen werden:

§ 46 Absatz 3: „Bei der Arbeitslosenunterstützung gelten Sonntage, gesetzliche und ortsübliche Feiertage nicht als Karenztage. Die Karenztage dürfen nicht aus Lokalmitteln bezahlt werden.

Geschäftsinventuren sowie gesetzliche und ortsübliche Feiertage werden auf die Zeit des Aussetzens nicht angerechnet."

§ 46 Absatz 4: „Vollständiges Aussetzen der Arbeit, soweit dasselbe nicht freiwillig und nicht selbst vom Mitglied herbeigeführt ist und nicht länger als sechs Arbeitstage dauert und nicht Geschäftsinventuren zur Ursache hat, ist der Arbeitslosigkeit im Sinne des Statuts gleich zu achten und zu unterstützen. Das Mitglied ist in diesem Falle verpflichtet, glaubhaft nachzuweisen, daß das Aussetzen durch irgendwelche Maßnahmen oder Verfügungen des Unternehmers verursacht ist."

Es folgt die Beratung der Anträge zur Krankenunterstützung und Sterbeunterstützung. Angenommen wurde der Antrag:

§ 47 Absatz 7 erhält als Zusatz den Absatz 8 aus § 46. Dessenungeachtet bleibt jedoch der genannte Absatz in § 46 nach wie vor bestehen.

Allgemeine Unterstützungsanträge.

Sonstige Anträge.

Geht ein Mitglied in ein Land, welches der Internationale nicht angehört, und wünscht die Mitgliedschaft aufrechtzuerhalten, so ruhen Rechte und Pflichten des Mitgliedes.

Die Generalversammlung wolle bestimmen, daß die Saisonarbeiter, z. B. Maurer, Zimmerleute, wenn sie in den Wintermonaten zu unserer Branche übergehen, nach sechswöchiger Beschäftigung in der Textilbranche verpflichtet werden, zu unserem Verbande überzutreten, da wir in der Weigerung eine allgemeine Schädigung der Textilarbeiter erblicken. Der Zentralvorstand wird beauftragt, einen dementsprechenden Antrag auf dem diesjährigen Gewerkschaftskongreß zu stellen.

Die Generalversammlung wolle beschließen:

Kollegen, welche schon jahrelang als Funktionär des Textilarbeiterverbandes tätig sind, durch ihr eifriges Arbeiten für den Verband aber Verfolgungen erfahren mußten, und zwar so daß dieselben nirgends mehr Arbeit bekommen, können Unterstützungen länger gezahlt werden.

(Wird dem Vorstande überwiesen.)

Ausschlüsse.

§ 4 des Statuts erhält folgenden Absatz g: „Ist gegen ein Mitglied das Ausschlußverfahren auf Grund der Absätze b und c eingeleitet, so ruhen während der Dauer des Verfahrens Rechte und Pflichten des Mitgliedes. Das Verfahren nimmt auch dann seinen Fortgang, wenn das Mitglied vor Erledigung desselben freiwillig aus dem Verbande ausgetreten ist. Das Mitgliedsbuch des Mitgliedes, gegen das sich das Ausschlußverfahren richtet, ist von der Ortsverwaltung der zuständigen Filiale beim Beginn des Verfahrens einzuziehen und bis zur endgültigen Erledigung der Angelegenheit aufzubewahren.

Anträge auf Wiederaufnahme.

Wilhelm Berger, Nürnberg. (Wird stattgegeben, doch soll er die ersten zwei Jahre kein Amt im Verbande übernehmen.)

Die nächste Generalversammlung soll in Berlin stattfinden.

Die Statutenberatungskommission soll in Zukunft so zeitig zusammentreten, daß sie am Sonntag (dem Tage vor der Generalversammlung) ihre Arbeiten beendet hat.

Die Diäten für diese Generalversammlung werden auf 10 Mk. bemessen.

Es folgt dann ein ausführliches Referat Reichelts-Berlin über „Tarifverträge in der Textilindustrie". Der Redner erörtert zunächst den Begriff Tarifverträge. Mit der Ausbreitung der Organisationen im Lager der Arbeiter wie der Unternehmer hat sich auch die Zahl der Tarifverträge in der Textilindustrie erhöht. Dennoch stehen sie bei uns noch in einem sehr untergeordneten Verhältnis im Gegensatz zu anderen Berufen und anderen Ländern. Der Redner bespricht die verschiedenen Arten der Tarifverträge, wie sie in den verschiedenen Ländern in Geltung sind, und die Bedingungen, unter welchen die Organisationen Verträge abschließen können, die vorgesehenen Strafen für Tarifvertragsbruch, den Geltungsbereich der Tarifverträge, ihre Geltungsdauer. — Es sei innerhalb unseres Verbandes noch kein Tarifvertrag zustande gekommen, der unseren grundsätzlichen Anschauungen entspreche; es konnten immer nur Verträge für Einzelbetriebe abgeschlossen werden oder Kollektivverträge, die nur für einen sehr beschränkten Personenkreis Geltung haben. Was durch Tarifverträge abgeschlossen wurde, war materiell auch nicht hervorragend. Verschiedenheit der Löhne für beide Geschlechter und gleiche Arbeit, Strafbestimmungen schlimmster Art usw. mußten mit in Kauf genommen werden. Der freie Sonnabendnachmittag ist nur in einem Betriebe vertraglich festgelegt, manche Verträge zeichnen sich durch zu lange Geltungsdauer aus, manche haben aber auch gar keine. Die tarifvertraglich vorgesehene wöchentliche Arbeitszeit sei auch in der Regel noch zu lang, wenn auch einige Arbeitszeitverkürzung hier und da durch Tarifverträge festgelegt werden konnte. Mit der Akkordarbeit konnten wir durch Tarifverträge noch nirgends aufräumen. Auch einheitliche Akkordlöhne konnten durch Verträge noch nicht erzielt werden. Mit der Höherbezahlung für Ueberzeitarbeit und Bezahlung von Feiertagen haben wir besser abgeschnitten. Hier und da sind auch Ferien zugebilligt worden, unter völliger Fortzahlung des Lohnes. Schlichtungsinstanzen sind hier und da vorgesehen. Die Bezahlung der Weber nach Schuß hat sich auch noch nicht in wünschbarem Maße durchgesetzt. Uebrigens weichen öfter die Lohnsätze bis zu 50 Proz. von einander ab. Dennoch ist der Verdienst meist ziemlich gleich, was auf der Verschiedenheit der technischen Einrichtungen der Betriebe beruht. Die Wirker, welche in Zukunft Tarifverträge abschließen, werden darauf achten müssen, daß die Nadeln, welche sie jetzt noch bezahlen müssen, später vom Fabrikanten bezahlt werden.

Wenn auch noch wenig durch die Tarifverträge erzielt wurde, so konnte doch der Schmutzkonkurrenz auf Grund von Tarifverträgen oft zu Leibe gerückt werden; oft mußten Unternehmer auf Grund der Tarife ansehnliche Summen an Lohn nachzahlen, wodurch die Schmutzkonkurrenz einigermaßen, aber auch die Uebervorteilung der Arbeiter eingedämmt werden konnte. Der Unwissenheit der Arbeiter, ihrer Unfähigkeit, sich den Lohn berechnen zu können, ist es freilich oft noch geschuldet, daß Unternehmer sie um ihren Lohn zum Teil bringen konnten. Darin muß auch Wandel geschaffen werden, und wenn das geschehen sein wird, werden die Tarife oder Tarifverträge, soweit solche vorhanden sind, mehr zur Geltung kommen. — Der Redner beschäftigt sich in längeren Darlegungen damit, was als Grundlage für die Lohnfestsetzungen für jede Branche am vorteilhaftesten genommen werden könne. (Wir verweisen in dieser Hinsicht auf das demnächst erscheinende Protokoll und bemerken übrigens, daß wir den sehr in technische Einzelheiten eindringenden, recht instruktiven Vortrag des Kollegen Reichelt hier überhaupt nur ganz kurz skizzieren konnten.)

Reichelt schloß seinen mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag mit der Empfehlung der Annahme folgender Resolution:

Resolution zur Tarifvertragsfrage.

Tarifverträge sind geeignet, dem Verdienste der Arbeiter eine gewisse Stetigkeit zu verleihen. Deshalb ist ihr Abschluß unter möglichster Beobachtung der Verbandssatzung und der Beschlüsse früherer Generalversammlungen der Mitgliedschaft zu empfehlen.

Aus der großen Mannigfaltigkeit und Kompliziertheit unserer Industrie erwachsen aber dem Abschluß einheitlicher Verträge in manchen sich über verschiedene Orte oder Betriebe erstreckenden Branchen erhebliche Schwierigkeiten. Um diese zu überwinden, ist die Erstrebung von Tarifverträgen in allen gut organisierten Betrieben nach folgenden Grundsätzen zu fördern:

1. Die Tarife sind so einfach wie möglich zu gestalten, damit jeder Arbeiter seinen Lohn selber ausrechnen kann. Ueberall, wo eine allgemeine Entlohnung nach Zeit nicht erreicht werden kann, die Leistung der Maschine aber, wie z. B. in der Weberei nach Schuß, in der Spinnerei nach Wagenauszügen, in der Stickindustrie nach Strichen usw., durch ein Zählwerk kontrolliert werden kann, soll die Festsetzung der Akkordlöhne hiernach die Regel bilden. Für feinere oder gröbere Arbeiten, kleinere Arbeitspartien und alle Nebenarbeiten und Zeitverlust ist Sonderbezahlung zu fordern.
2. Wo Arbeitszeit, Löhne und sonstige Zustände ungünstiger sind als in gleichartigen Betrieben desselben Industriegebiets sind Tarifverträge nur unter wesentlichen Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse abzuschließen.
3. Um eine dem geistigen Fortschreiten der Arbeiterschaft dienende allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit und insbesondere den freien Sonnabendnachmittag zu erringen, sollen besondere Anstrengungen beim Abschluß von Verträgen gemacht werden. Die reguläre Wochenarbeitszeit ist, um etwaigen Arbeitslosen der Industrie Brot und Unterhalt zu beschaffen, möglichst kurz zu bemessen, auch soll darauf geachtet werden, daß bei etwaigen Betriebsstockungen die Arbeitszeit für alle mit der Herstellung desselben Fabrikats Beschäftigten in gleichem Maß verkürzt wird. Ueberzeitarbeit, oft nur die Folge mangelhafter Vorbereitung des Fabrikationsprozesses, ist zu bekämpfen. Ist in dringenden Fällen Ueberzeitarbeit nicht zu umgehen, so ist sowohl bei Zeit- wie bei Akkordlohn ein entsprechender Aufschlag zu verlangen.
4. Die Gewährung von Sommerurlaub an alle Arbeiter unter Fortzahlung des Lohnes ist zu erstreben. Im Interesse der Gesundheit der Arbeiter sind zeitgemäße sanitäre Betriebseinrichtungen zu fordern.
5. Die Aufnahme von Bestimmungen über eine Lohnzahlung an jedem Freitag vor Schluß der Arbeitszeit unter gleichzeitiger Behändigung von Lohnzetteln, Lohntüten oder Lohnbüchern ist dringend anzuraten.
6. Die Festsetzung von Haftungen und Strafen im Vertrage ist nicht statthaft.
7. Alle Verträge müssen Bestimmungen über Instanzen zur Auslegung des Tarifinhalts bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten resp. über Schlichtungs- und Spruchkommissionen, über die Dauer, die Kündigung und die vorzubereitende Erneuerung der Tarifverträge enthalten; dergleichen solche, die Maßregelungen oder Benachteiligungen der am Vertragsabschluß irgendwie benachteiligt gewesenen Arbeiter ausschließen. Die vorgesehenen Instanzen erhalten nach dem Vertragsabschluß je ein Exemplar des Tarifvertrags. Die Anrufung der Instanzen erfolgt durch die zum Vertragsabschluß oder zur Ueberwachung des Tarifs beauftragten Vertreter der Kontrahenten.

   Führen die Unternehmer während der Vertragsdauer Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen ein, sei es durch Lieferung minderwertigeren oder schlechter zu verarbeitenden Materials, durch Reduzierung der Hilfskräfte, durch neue Muster und in deren Folgen andere Akkordpositionen usw., so sind zwecks friedlicher Verständigung nötigenfalls die in Betracht kommenden Instanzen anzurufen.

Die Mitglieder sind verpflichtet, Tarifvertragsforderungen oder -entwürfe dem Zentralvorstand wenigstens einige Wochen vor Einreichung an die Unternehmer zur Durchsicht einzusenden.

Die Resolution wird angenommen. Damit ist die Mittwochssitzung geschlossen. Donnerstag: keine Sitzung.

Freitagssitzung: Vormittag.

Zur Verhandlung steht das Thema: „Ist ein Aktionsausschuß für unseren Verband notwendig?"

Referent ist Tillack-Reichenbach i. V. Die Entwickelung der Gewerkschaften hätte auch deren Einrichtungen fortlaufenden Veränderungen unterworfen. Die Entscheidung über Kämpfe konnte nicht mehr den Mitgliedern überlassen bleiben, sondern mußte der Hauptleitung übertragen werden. Die Unternehmer haben es leicht, Situationen zu schaffen, welche die Arbeiter drängen, Kämpfe zu unrechter Zeit aufzunehmen, wogegen die Leitung sie zu bewahren suchen müsse. Das könne aber nur ohne Schaden für die Organisation geschehen, wenn die Mitglieder durch ihre Vertreter bei Erörterung der Zweckmäßigkeitsfrage mit zu beraten haben. Das würde am besten durch Weiterentwickelung der heutigen Einrichtung im Verbande zu ermöglichen sein: nicht nur Gauleiter und Ausschuß sollten bei wichtigen Aktionen zu den Verhandlungen des Vorstandes herangezogen werden, sondern auch Vertreter der Arbeiter aus den Gebieten, um die sich die Frage gerade dreht. Diese Entwickelung werden die Gewerkschaften durchmachen müssen, auch unser Verband. Und wenn heute darüber noch nichts Neues beschlossen werde, so würden dahingehende Anträge immer wieder kommen.

Rössel-Berlin, als Korreferent, behauptet, der Redner habe fast soviel gegen wie für den Aktionsausschuß gesagt; seine (Rössels) Darlegungen würden sich deshalb in vielem mit denen Tillacks identifizieren. Tillack habe es übrigens als zweifelhaft hingestellt, ob man heute schon zu einem Aktionsausschuß kommen könne. Die Frage sei nach seiner Meinung auch noch nicht genug geklärt. Tillack habe aber auch nur wenig für die Notwendigkeit des Aktionsausschusses beigebracht, und dieses wenige sei so anfechtbar, daß wohl daraufhin kein Beschluß im Sinne Tillacks zustande komme. Die Mitglieder des Ausschusses würden übrigens fortwährend der Gefahr der Maßregelung ausgesetzt sein, was doch seine Lebensfähigkeit und Wirksamkeit sehr in Frage stellen würde. Zudem: wer kann behaupten, daß irgendein Kampf in der Vergangenheit anders verlaufen wäre, wenn wir einen Aktionsausschuß gehabt hätten? Die Schwerfälligkeit in der Bewegung des Aktionsausschusses, die ihm eigen sein müßte, macht ihm von vornherein den Erfolg streitig. Und weiter: wann sollte er in Funktion treten? Wann wäre der rechte Zeitpunkt? Doch wenn er immer auch bestimmt werden könnte, würde der Aktionsausschuß rechtzeitig zusammentreten können? Streitigkeiten in der Organisation wären übrigens unausbleibliche Folgen des Aktionsausschusses; der Vorstand müsse ja doch alle Beschlüsse des Aktionsausschusses ausführen, und wenn sie den Mitgliedern nicht gefielen, gebe es gerade den Streit, den man durch den Aktionsausschuß vermeiden wolle. Und es würde nicht nur zu Kämpfen zwischen Mitgliedschaft und Vorstand, sondern auch zu solchen zwischen einzelnen Gruppen innerhalb der Mitgliedschaft kommen. Möge ein Aktionsausschuß auch in manchen anderen Gewerkschaften nützlich sein, bei uns, die wir mit ganz anderen Verhältnissen zu rechnen haben als andere Industrien, kann eine solche Einrichtung keinen Wert haben. Der Redner empfiehlt, es bei dem heute schon geübten Brauch zu belassen: daß der Vorstand in wichtigen Fragen Ausschuß und Gauleiter sowie Redaktion zur Beratung hinzuzieht. Rössel bespricht dann noch die Frage des Streikleiters. Die Generalversammlung werde aussprechen müssen, daß der Streikleiter in engster Fühlung mit dem ersten Vorsitzenden bleiben, dieser dann aber auch wie der eigentliche Streikleiter berechtigt sein muß, den Streikleiter zu vertreten. Rössel erörterte dann unter anderem, daß die Frage, ob die Massen das Mitbestimmungsrecht haben sollen oder müssen, lediglich eine Frage der Taktik sei, keine solche der Demokratie, daß man sich bei ihr nicht von demokratischen Grundsätzen, sondern von taktischen Erwägungen leiten lassen müsse. Die Begeisterung, welche wir in den Massen bei Kämpfen finden müssen, wenn wir sie gewinnen wollen, müsse von der Erfahrung der Leitung überwacht werden, damit das wohltätige Feuer der Begeisterung nicht zum Schadenfeuer ausarte. Die „Arbeitgeberzeitung" trete für Ausbau der Demokratie in den Gewerkschaften ein, was uns allein schon zeige, daß mehr Demokratie in den Gewerkschaften diesen nur schaden könne, denn ein Unternehmerorgan trete doch nicht für Einrichtungen ein, die den gewerkschaftlichen Zwecken dienten. In leidenschaftlicher Rede tritt der Redner schließlich dafür ein, daß die Generalversammlung nicht nur den Aktionsausschuß ablehne, sondern ein für allemal kurz und bündig erkläre, daß wir in unserem Verbande einen Aktionsausschuß nicht brauchen und zu ihrem Vorstande das vollste Vertrauen haben.

Er schlägt eine Resolution vor, nach der die heutige Einrichtung, daß bei wichtigeren Fragen Ausschuß und Gauleiter usw. zu den Beratungen des Vorstandes hinzuzuziehen sind, dem Vorstande Vertrauen ausgesprochen wird und die Mitglieder versprechen, strengste Disziplin zu üben.

Kotzur-Neumünster will nicht für den Aktionsausschuß sprechen, glaubt aber auch nicht, daß dieser mit einer Handbewegung abgetan werden könne; man sollte die ganze Materie einer Kommission zur Klärung der Frage überweisen. Begreiflich sei doch, daß die immer mehr wachsenden Massen auch immer noch Selbstbestimmungsrecht verlangen, und man müsse untersuchen, ob und wie man es gewähren könne.

Krätzig (Redaktion) stimmt in längeren Darlegungen Rössel bei und tritt für einen Antrag ein, nach welchem in bestimmten Zwischenräumen gemeinsame Sitzungen von Vorstand, Ausschuß, Gauleiter und Redaktion stattzufinden hätten. Diesem so zusammengesetzten Beirat will der Redner aber noch weitere Funktionen zuweisen, wodurch der Beirat zu einer vermittelnden Instanz zwischen Mitgliedschaft und Vorstand werden könnte.

Freitagssitzung: Nachmittag.

Die Debatte über den Aktionsausschuß wird fortgesetzt.

Nickl-Greiz tadelt es, daß die Verbandsangestellten so oft von den Massen ohne Unterschied als ihre Feinde angesehen werden; das sei nur dem Mangel an Erziehung zuzuschreiben. Ob aber die dazu vorgeschlagenen Mittel geeignet seien, darin Wandel zu schaffen, sei noch eine Frage. Fraglich sei auch, ob die vorgeschlagenen Mittel geeignet seien, die Massen mit mehr Vertrauen zu den Führern zu erfüllen. Zu dem Aktionsausschuß habe er zu bemerken, daß dieser den in ihn gesetzten Zweck nicht würde erfüllen können.

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Da die Statutenberatungskommission mit der Bearbeitung der vorliegenden Anträge noch nicht fertig ist, wird zu-

nächst ein Referat Hübschs über den Gewerkschaftskongreß entgegengenommen. Redner bespricht zunächst die Revision des Organisationsstatuts. Manches habe sich seit dem Halberstädter Kongreß geändert und die auf ihm gefaßten Satzungen erheischen hier und da Aenderungen. Statt auf 3000 Mitglieder soll nun auf 5000 ein Delegierter entfallen, weil sonst die Zahl der Teilnehmer zu groß sein würde. Es wird auch noch eine Beschränkung des Höchstzahl der zulässigen Delegierten notwendig sein. — Die Grenzstreitigkeiten haben höchst widerwärtige Formen angenommen und es sei notwendig, daß der Kongreß dem ein für allemal ein Ende mache. Der Generalkommission fehlt noch ein Machtmittel: ein Schiedsgericht, dessen Entscheidungen endgültig und zwingend seien, was bisher noch vermißt wurde. Innerhalb eines Vierteljahres bzw. 6 Wochen sollen in andere Industrien Uebergehende der Organisation beitreten, welche für die letztere Industrie besteht. Man könne aber auch noch kürzere Fristen vereinbaren. — Eine weitere Frage sei für den Gewerkschaftskongreß, wie die gegenseitige Unterstützung bei größeren Kämpfen zu regeln sei. Das Umlageverfahren, das schon heute geübt werde, müsse in ein gewisses System gebracht werden. Die Generalkommission habe auch dafür eine Vorlage gemacht, die der Kongreß sanktionieren soll. Ob es schon möglich sein wird, sich auf einen Generalstreik finanziell vorzubereiten, müsse freilich abgewartet werden; zu wünschen wäre, daß es schon möglich wäre. Die Frage der Gründung von Bezirkssekretariaten werde den Gewerkschaftskongreß gleichfalls beschäftigen. Die Kosten dafür würden so hohe sein, daß uns allein jährlich eine Mehrausgabe von mehr denn 30 000 Mk. entstehe, ohne daß wir davon Nutzen haben würden. Das wären die wesentlichsten Punkte, die den Gewerkschaftskongreß beschäftigen werden.

Herold-Kulmbach spricht für den Abschluß von Kartellverträgen.

Nachdem noch Zwahr-Neugersdorf zu der Sache gesprochen hatte, ging man zur Frage der Heimarbeiter über.

Referent ist Dressel-Plauen. Er vertritt die Vorlage des Vorstandes, nach welcher Heimarbeitern von Fall zu Fall niedrigere Beiträge zugebilligt werden können. Das Referat Dressels zeichnet sich durch eine Reihe sozialpolitischer Momente aus; der Redner bespricht die Frage der Heimarbeiter großzügig vom sozialen Standpunkt aus und verbindet mit seinen Darlegungen eine Schilderung des Elends der Heimarbeiter in unserer Industrie. (Wie alle Referate können die Leser auch dieses im Protokoll im Wortlaut nachlesen.)

In der Debatte über den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag Dressels bespricht Linke-Pulsnitz die Bandindustrie in seinem Bezirk, die sich durch eine wahre Korruption in der Hausindustrie dort auszeichnet; die Arbeitszeit wird dort auf 15 Stunden pro Tag ausgedehnt, auch die Kinderarbeit grassiert. Durch besondere gesetzliche Bestimmungen sollte man die Arbeitszeit zu begrenzen suchen. Unsere Organisation sollte nach Mitteln suchen, welche dem Elend der Heimarbeiter zu steuern in der Lage wären.

Fritsch-Liegnitz verlangt auch das Eingreifen der Sozialgesetzgebung zugunsten der Heimarbeiter, wobei er besonders der Hausweber in Katscher und Umgegend gedenkt, deren schwere Arbeit (von zwei Personen) pro Woche 9 Mk. einbringt. Und diese Arbeit werde für den Vater Staat gemacht. Auch die Kinder würden zu seinen Gunsten solcherart ausgebeutet. In der Taschentuchstickerei müssen für 1 Pf. 4012 Stiche gemacht werden. Bei den Frauen herrschen Unterleibskrankheiten in hohem Grade. Auf Grund einer Stiftung werden Weberkinder in einem Institut erzogen, unter der Bedingung, daß sie nicht Weber werden dürfen. Sehr bezeichnend für das Elend der Heimarbeiter, das der Stifter wohl nicht verewigen lassen will.

Frau Theilbar-Chemnitz bespricht die Heimarbeit in ihrem Bezirk und zeigt deren Gefahr für die Großindustriearbeiter.

Es werden die Wahlen zu Vorstand, Redaktion und internationalen Vertrauensleuten vorgenommen. Die Wahlen ergeben keine Neuerung.

Dann sprach Wagener-Berlin über die internationale Verbindung der Textilarbeiter. Ohne Diskussion wurde folgende Resolution angenommen:

Resolution zur Internationale.

Mit der fortschreitenden territorialen Ausdehnung des Warenmarktes hat sich auch das Interessengebiet aller an der Warenerzeugung beteiligten Faktoren — der Arbeiter sowohl wie der Unternehmer — fortgesetzt territorial erweitert. Wenn es einst die Arbeiter eines Landes gleichgültig lassen konnte, unter welchen Bedingungen die Arbeiter ein und derselben Industrie anderer Ländergebiete arbeiteten, so ist dies heute umgekehrt, da ungünstige Arbeitsbedingungen in einem Lande die Arbeitsbedingungen in anderen Ländern ungünstig beeinflussen müssen.

Das die Grundlage für die moderne Warenerzeugung bildende Kapital hat längst internationalen Charakter angenommen; Industrie und Warenerzeugung sind längst international. Der Warenmarkt ist international, daher auch für ihn die Bezeichnung Weltmarkt. Auf dem räumlich schier unbegrenzten Weltmarkt spielt sich heutzutage der Prozeß der Warenherstellung und des Warenverschleißes von Anfang bis Ende ab. Selbst die Arbeitsmittel für die einzelnen Industrien sind auf dem Weltmarkt zu haben und kein Land ist mehr hinsichtlich des Erwerbens solcher auf sich selber angewiesen; Arbeitsmaschinen wandern von einem Lande in andere Länder und sind so wenig an Landesgrenzen gebunden wie die durch sie erzeugten Waren oder die für diese nötigen Rohstoffe. Das Industriekapital der einzelnen Länder errichtet in anderen Ländern Produktionsstätten und zeigt auch dadurch seinen internationalen Charakter. —

Gleich dem Warenmarkt ist auch der Arbeitsmarkt international; kein Land ist an seine eingeborenen Arbeiter gebunden, sondern alle Länder zusammen tauschen ihre Arbeiter miteinander aus; Länder, die jeweils mehr Arbeiter haben als sie brauchen, stoßen solche nach Ländern ab, wo es gerade an Arbeitern fehlt.

Die Vereinigungen der Unternehmer in den einzelnen Ländern sind miteinander international verbunden.

Die ganze Industrie ist also international geworden. Die Bedürfnisse der Industrie aller Länder werden sozusagen von allen Ländern gemeinsam gedeckt, desgleichen der Bedarf aller Länder an Erzeugnissen dieser Industrie.

Der internationale Charakter der Industrie und der Warenerzeugung macht die Produktionsbedingungen in allen Ländern mit der Zeit gleich. Damit werden auch die Voraussetzungen für die Warenerzeugung allmählich auf der ganzen Erde gleich.

Bei überall gleichen Voraussetzungen für die Warenerzeugung können aber auch die Arbeitsbedingungen für die Arbeiter überall gleich, und zwar gleich gut sein. Es dahin zu bringen, daß sie es werden, muß Aufgabe der Arbeiter aller Länder sein, denn es liegt im Interesse der Arbeiter aller Länder, daß keine Arbeiterschaft eines Landes der eines anderen Landes eine unwürdige und auf die Dauer sie selbst schädigende Konkurrenz macht, indem sie billiger arbeitet als diese. Daß solches geschieht, das liegt auch nicht einmal im Interesse der Unternehmer, im allgemeinen, höchstens im Interesse solcher Unternehmer, welche darauf ausgehen, sich ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt auf Kosten ihrer Arbeiter und ihrer Konkurrenz zu erhalten.

Die Bestrebungen der Arbeiter, die Arbeitsbedingungen in allen Ländern möglichst gleichartig zu gestalten — sei es durch das Mittel des wirtschaftlichen Kampfes oder durch das der Gesetzgebung oder sonstwie —, ergeben sich also aus dem internationalen Wesen und Wirken und dem Weltcharakter der modernen Industrie und sind ebenso selbstverständlich und erklärlich wie die wirtschaftlichen, sozialen und nationalen Bestrebungen der Arbeiterschaft, ja, bilden nur eine unerläßliche Ergänzung dieser; ohne diese internationale Ergänzung können die nationalen Bestrebungen der Arbeiterschaft nicht so wirksam sein wie mit ihr.

Aus all den angeführten Gründen verdient die internationale Verbindung der Arbeiter dieselbe Pflege wie die nationale Organisation und liegt ihre Festigung und ihr Ausbau ebenso im Interesse der Arbeiter wie die Kräftigung der nationalen Gewerkschaft. —

Sonnabendsitzung: Vormittag.

Zunächst erstattet Panzer Bericht über die Arbeiten der Beratungskommission hinsichtlich der Anträge zum Aktionsausschuß. Es liegt nun eine Resolution vor, in die die verschiedenen Anträge hineingearbeitet wurden, soweit sie in der Kommission Anklang fanden. Zu dieser Resolution sprechen mehrere Redner, besonders Wolf-Kassel, der sich gegen sie erklärt und bittet, es in der Sache beim alten zu belassen. Auch Hermsdorf-Leipzig bittet um Ablehnung der Resolution. Rössel dagegen bittet um Annahme der Resolution, die ja gerade die jetzige Uebung beibehalte und den Aktionsausschuß ablehne, also tue, was Wolf wolle. Die Entscheidung würde immer beim Vorstande liegen.

Vetterlein (Ausschuß) empfindet, daß die Funktionen des Ausschusses, die er bisher ausübte, eingeschränkt werden sollen. Er ist deshalb mit der Fassung der Resolution nicht recht einverstanden.

Reichelt bestreitet, daß der Ausschuß in der Ausübung seiner bisher ausgeübten Tätigkeit (mit beratender Stimme) beschränkt werden solle. Er bittet um Annahme der Resolution. Aber auch der Vorstand werde in seinen Entschließungen nicht beengt; also auch die Bedenken Wolfs seien hinfällig. Röthlich-Augsburg empfiehlt gleichfalls einstimmige Annahme der Resolution. Sei auch den Anhängern des Aktionsausschusses ein wenig Rechnung getragen, so doch nicht soviel, daß die Entschließungen des Vorstandes dadurch eingeschränkt würden. Es sei nicht immer gut gewesen, daß der Vorstand ganz auf sich angewiesen sei. Wolle man deshalb die Resolution, die darin Besserung zu bringen geeignet sei, annehmen.

Lang-Langenbielau sieht in der Resolution nur die Festlegung dessen, was bisher schon geübt werde, bittet aber gerade deshalb um ihre Annahme. Mehr als in der Resolution dem Ausschuß zugestanden sei, möchte er ihm aber auch nicht zubilligen, weil er die Aufsichtsbehörde für den Verband sei.

Frauböse-Hamburg wünscht, daß zu Sitzungen des Vorstandes mit den Gauleitern wegen Lohnkämpfen ein Delegierter mit beratender Stimme aus dem beteiligten Kampfgebiet hinzugezogen werde.

Jäckel-Berlin spricht für die Resolution.

Bei der Abstimmung wird die Resolution in folgender Fassung angenommen:

Resolution zum Aktionsausschuß.

Die 12. Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes erklärt sich gegen die Einführung eines Aktionsausschusses und beschließt:

Die üblichen Gauleiterkonferenzen werden beibehalten.

An den Gauleiterkonferenzen nehmen (mit beschließender Stimme) teil: der Zentralvorstand, die Gauleiter und die Redakteure.

Der Verbandsausschuß kann zur Information auf diesen Konferenzen vertreten sein.

Die Gauleiterkonferenzen sind auf eigene Entschließung, auf Beschluß des Zentralvorstandes, auf Antrag von sieben Gauleitern oder des Ausschusses vom Zentralvorstand einzuberufen.

Die Gauleiterkonferenzen haben sich zu beschäftigen mit:

1. Agitationsfragen;
2. Lohnbewegungen, Streiks, Aussperrungen usw.;
3. inneren Verbandsangelegenheiten.

Zur Führung aller Lohn- und Streikbewegungen wird ein Vorstandsmitglied als „Streikleiter" bestimmt, der sich in der Hauptsache mit dieser Materie zu beschäftigen hat.

Bei Lohnbewegungen, Streiks oder Aussperrungen ist ein Mitglied derjenigen Ortsverwaltung, wo eine Lohnbewegung eingesetzt hat, mit beschließender Stimme hinzuzuziehen.

Nun folgt der letzte Punkt der Tagesordnung: Koalitionsrecht und Terrorismus der Unternehmer".

Referent ist Jäckel. Der Redner beleuchtete in weitausholender, fast zweistündiger Rede die Kampfmethoden der Unternehmer und der Behörden bei ihren Bestrebungen, den Arbeitern den Gebrauch des Koalitionsrechts einzuschränken, und wandte sich besonders scharf gegen den Terrorismus, den Unternehmer und Behörden dabei gegen die Arbeiter anwenden. Dabei vergaß er aber auch nicht des Terrorismus zu gedenken, den die Unternehmervereinigungen gegen die Unternehmer anwenden, die sich ihren Maßnahmen nicht fügen wollen, damit zeigend, daß die Behörden viel mehr Anlaß hätten, sich gegen den wirklichen Terrorismus der Unternehmer als gegen den angeblichen der Arbeiter zu wenden. (Wir empfehlen den Lesern, den stenographischen Wortlaut der Rede im Protokoll nachzulesen, er wird ihnen eine unerschöpfliche Fundgrube für Material zur Verteidigung des Koalitionsrechts der Arbeiter, das gegenwärtig mehr als je gefährdet erscheint, sein. Vielleicht bringen wir auch einen Auszug aus der Rede im „Textilarbeiter" zum Abdruck.) Nach der mit verdientem Beifall aufgenommenen temperamentvollen Rede nahm die Generalversammlung folgende Resolution an:

Resolution

zu „Das Koalitionsrecht und der Terrorismus der Unternehmer."

In Erwägung, daß die kapitalistische Produktionsweise durch ihre Wirkungen die große Mehrzahl unserer arbeitenden Volksgenossen und -genossinnen zu Proletariern macht; daß dadurch die Position des einzelnen Arbeiters und der einzelnen Arbeiterin innerhalb der modernen Betriebe gegenüber den besitzenden Unternehmern eine immer schwierigere wird und ein Einfluß dieser auf die Gestaltung des Arbeitsvertrages in keiner Weise gegeben ist; daß ganz besonders in der Textilindustrie durch die Anwendung Hunderttausender widerstandsunfähiger Arbeiterinnen und die immer erneute Heranziehung weiterer Tausender, bis dahin indifferenter und unorganisierter Elemente in die Fabriken der Konkurrenzkampf der Arbeiter unter sich ständig verschärft wird, hält die Generalversammlung die Gewährung des uneingeschränkten Koalitionsrechts der Arbeiter für unbedingt notwendig zur Vermeidung physischer und moralischer Verelendung der beschäftigten Personen. Die Generalversammlung fordert deshalb Beseitigung des § 153 der Gewerbeordnung und gerechtere Würdigung der gewerkschaftlichen Arbeiterbestrebungen durch Regierungen und sonstige Organe der Staatsgewalt. Zum mindesten fordert sie unbedingte rechtliche Gleichstellung mit den Verbänden der Unternehmer, den Kartellen und Konventionen. Entschieden verurteilt die Generalversammlung die immer mehr in Anwendung kommenden Maßnahmen einzelner Textilunternehmer und Unternehmerverbände, durch welche die Arbeiter mittels Verträgen, Arbeitsordnungen, durch Drohungen, durch Ehrverletzung und durch Verrufserklärung an der Ausübung des Koalitionsrechts und der Teilnahme an Verabredungen zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen behindert werden.

Die Generalversammlung klagt, gestützt auf die vom Referenten vorgebrachten Tatsachen, das Unternehmertum der Textilindustrie an des Terrorismus und ersucht die organisierte Textilarbeiterschaft, mehr als seither die einzelnen Terrorismusfälle zur Kenntnis der Oeffentlichkeit zu bringen. In dem Verlangen der Unternehmerverbände nach schärferem gesetzlichen Schutz der Arbeitswilligen und Maßnahmen gegen die organisierte Arbeiterschaft erblickt sie den Versuch, die Gesetzgebung noch mehr, als bisher schon geschehen, zugunsten der Unternehmer umzugestalten.

Die Generalversammlung betrachtet die gelben Gewerkschaften als Schöpfungen des Unternehmertums zum Zwecke der Niederhaltung des aufwärtsstrebenden Proletariats. Mittels Terrorismus, Zwang und Gewalt pressen die Unternehmer in verschiedenen Städten Hunderte Textilarbeiter und -arbeiterinnen in die gelben Gebilde. Mit Terrorismus, Zwang, Geldspenden und sonstigen „Wohltaten" sucht das Unternehmertum die hineingepreßten Arbeiter und Arbeiterinnen zu halten. Indem so die gelborganisierten Arbeiter dauernd unter einem unerhörten Druck und Zwang stehen, werden ihre Vereinigungen zu Mitteln der Versklavung und geistigen Verblödung der terrorisierten gelben Berufsgenossen. Die Arbeiter werden gehetzt gegen die Arbeiter und degradiert zu willenlosen Werkzeugen der Unternehmer.

Die Generalversammlung fordert deshalb die Mitglieder des Verbandes im ganzen Reiche auf, intensiv und unausgesetzt gegen jene schmachvollen Gebilde, die gelben Vereinigungen, anzukämpfen. Der Kampf ist zu führen durch intensive Aufklärung der verführten und terrorisierten Arbeiter und durch Brandmarkung des gelben Unternehmerterrorismus vor der Oeffentlichkeit.

Die Generalversammlung ist damit zu Ende. Nach einem packenden Schlußwort des Vorsitzenden Hübsch, der damit einen Dank an die Dresdner Kollegen für ihre Mühen verbindet und hervorhebt, daß ernste Differenzpunkte in dieser Generalversammlung nicht zum Austrag gebracht werden mußten, schließt die 12. Generalversammlung, nicht ohne daß Hübsch die Anwesenden auffordert, allen Maßnahmen, die sich gegen die Gewerkschaften richten, mit Mannesmut und Kampfesfrische entgegenzutreten und zu sorgen, daß unsere nächste, die Jubiläumsgeneralversammlung, auf einen Mitgliederbestand blicken könne, der eine würdige Krönung des Festes darstellen wird.

Der Vorsitzende des dänischen Textilarbeiterverbandes, Kollege Möller, verabschiedete sich dann in einer warmherzigen Ansprache an die Delegierten, welche von diesen mit Begeisterung entgegengenommen wurde. — Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband gingen die Delegierten auseinander, sich gelobend, alles zu tun und ihre volle Kraft einzusetzen, damit der Wunsch des Vorsitzenden in vollem Maße in Erfüllung gehe.

Arbeitslöhne und Rentabilität in der deutschen Textilindustrie.

VII.

Bilanzen der Jutefabriken.

✡ Einen reichen Dividendensegen brachte das Jahr 1913 wieder den Aktionären der Jutefabriken. Trotz eingeschränkter Produktion ist der Pegelstand der Dividende gestiegen. Die durch ihre niedrigen Löhne und ihre Organisationsfeindlichkeit unrühmlichst bekannte **Jutespinnerei und Weberei Bremen** verteilt **30 Proz. gegen 25 Proz. Dividende** im Vorjahre. Die Aktionäre erhalten pro Aktie à 1000 Mk. **300 Mk. Dividende.** Auf das 1 800 000 Mk. betragende Aktienkapital entfällt also nicht weniger als **540 000 Mk.** Dividende.

Noch höher ist geklettert die Dividende der **Geraer Jutespinnerei und Weberei in Triebes.** Die Dividende ist hier **von 30 auf 36 Proz.** erhöht worden. Es liest sich daher geradezu wie eine Verhöhnung der Oeffentlichkeit, wenn es im Geschäftsbericht heißt: Allerdings dürfe von diesem Ergebnis nicht auf einen allgemeinen guten Stand des Geschäftszweiges geschlossen werden, sondern es müsse hervorgehoben werden, daß im Laufe des vergangenen Jahres infolge der ungesunden Verhältnisse am Rohjutemarkte die gesamte Jute-

industrie in eine außerordentlich schwierige Lage geraten sei. Infolge der seit längerer Zeit herrschenden Geschäftsstille ging die Gesellschaft diesmal nur mit einem verhältnismäßig kleinen Bestande an Aufträgen in das neue Geschäftsjahr; sie war dagegen reichlich und vorteilhaft mit Rohware gedeckt. Angesichts der ungünstigen Lage der Industrie sowie im Hinblick auf den allgemeinen wirtschaftlichen Druck bittet der Vorstand auch diesmal, das gute Ergebnis des verflossenen Geschäftsjahres zur Vorsorge für die Zukunft benutzen zu wollen, und beantragt folgende Verteilung des erzielten **Reingewinnes von 754 733 Mk.** (i. V. 635 645 Mk.): **Sonderrücklage** 3 (Konjunkturrücklage) wieder 50 000 Mk., Erneuerungsbestand **50 000 Mk** (wie i. V.), Sicherheitsbestand **25 000 Mark** (0), **Vorstand 24 169 Mk.** (14 788 Mk.), **Aufsichtsrat 44 578 Mk.** (35 647 Mk.), **36 Proz.** (30 Proz.) **Dividende** an die Vorzugsstammaktien Buchstabe A 153 000 Mk. (127 500 Mk.), **30 Proz.** (24 Proz.) Dividende an die Vorzugsstammaktien Buchstabe B 225 000 Mk. (180 000 Mk.), Belohnungen für die Beamten 25 000 Mk. (20 000 Mk.) und für die Arbeiter 45 000 Mk. (35 000 Mk.), Wohltätigkeitsbestand 20 000 Mk. (12 000 Mk.) und Vortrag 203 705 Mk. (110 719 Mk.).

Die reichlich **200 000 Mk.** Vortrag könnten auch hier sehr gut entbehrt und zu Lohnaufbesserungen verwandt werden. Es würde diese Summe reichen, den 1600 Arbeitern eine Lohnerhöhung von 125 Mk. pro Jahr zu gewähren; eine Lohnerhöhung, die angebrachter wäre wie das Geschenk, zu dem die 45 000 Mark Verwendung finden sollen.

Nach dem Geschäftsbericht der **Weidaer Jutespinnerei und Weberei A.-G. in Weida** für 1913 betrug der Ueberschuß auf Warenkonto 2 195 604 Mk. (i. V. 1 945 782 Mk.). Abzüglich der Abschreibungen von 250 000 Mk. (175 035 Mk.) und einschließlich des Gewinnvortrages von 132 151 Mk. (89 043 Mk.) verbleibt ein **Reingewinn** von **379 827 Mk.** (330 472 Mk.). Hieraus soll u. a. eine **Dividende** von **10 Proz.** (i. V. 8 Proz.) verteilt werden. Der Vortrag wird auf 142 173 Mk. erhöht.

In das neue Geschäftsjahr ist das Unternehmen mit einem Bestand an Aufträgen eingetreten, der für mehrere Monate Beschäftigung bietet. Mit Rohjute ist es in gleicher Menge dafür eingedeckt. Wie sich die Verhältnisse des laufenden Jahres gestalten werden, sei nicht vorauszusehen.

Von 9 auf **15 Proz.** ist die Dividende gestiegen bei der **Bremer Jutespinnerei und Weberei A.-G. in Hemelingen.** Nach 99 381 Mk. (i. V. 94 404 Mk.) Abschreibungen und einschließlich 8181 Mk. Vortrag wurde ein **Reingewinn** von **330 816 Mk.** (i. V. 212 331 Mk.) erzielt.

Es ist keine Frage, daß auch die **Hanseatische Jutespinnerei und Weberei in Delmenhorst** ihren Gewinn erheblich erhöhte. Diese Gesellschaft erhöhte im Jahre 1913 ihr Aktienkapital um 500 000 Mk. auf 1 500 000 Mk., wobei der Rücklage 440 000 Mk. Aufgeld zuflossen. Durch die Erwerbung von 2128 Spindeln und 67 Webstühlen aus der Beteiligung von zwei dem Verband angehörenden Fabriken sei die Gesellschaft jetzt in der Lage, fast ihren ganzen Bedarf an Garn selbst herzustellen. Von einer dem Verband angehörenden Fabrik habe sie Anteile erworben. Die Gesellschaft war das ganze Jahr hindurch voll beschäftigt und hatte sich frühzeitig mit Rohjute versorgt. Die Erzeugung umfaßte im Jahre 1913 4 900 158 (i. V. 4 679 541) Kilogramm Garn, 10 875 490 (10 431 619) Meter Gewebe, 2 947 874 (2 831 834) Stück Säcke. Nach **180 115 Mk.** (i. V. 119 514 Mark) **Abschreibungen** sowie einschließlich 1950 Mk. (14 267 Mark) Vortrag beträgt der **Reingewinn 456 110 Mk.** oder **145 180 Mk. mehr** als im Vorjahre. Daraus werden wieder **20 Proz. Dividende** auf die alten Aktien ausgeschüttet. Die Rücklage erhält 9741 Mk. (0), die Sonderrücklage wieder 50 000 Mk. und die Steuerrücklage 50 000 Mk. (0). Der Vortrag erhöht sich auf **40 458 Mk.** Die Gesellschaft konnte das neue Geschäftsjahr mit einem guten Bestand an Aufträgen beginnen und habe sich vorteilhaft mit Rohjute eingedeckt. Die Aussichten auf ein gutes Ergebnis für das Jahr 1914 seien günstig.

Auch die **Norddeutsche Jutespinnerei und Weberei in Hamburg** erhöhte ihre Dividende um 3 Proz. Nachstehend eine Zusammenstellung der Ergebnisse in den letzten sechs Jahren aus der „Frankf. Ztg.":

(in Mark)	1908	1909	1910	1911	1912	1913
Stammaktien	2 600 000	2 600 000	2 600 000	2 600 000	2 600 000	2 600 000
Vorrechtsakt.	1 500 000	1 500 000	1 500 000	1 500 000	1 500 000	1 500 000
Vortrag . . .	9 578	11 823	3 015	1 828	13 499	12 336
Fabrikations-gewinn . . .	3 674 777	3 250 584	3 179 219	2 826 008	3 622 985	3 893 536
Mieten	39 861	40 203	38 272	35 120	35 659	34 469
Aus Dispos.-Fonds	—	—	—	100 000	—	—
Gesamteinn. .	3 724 366	3 302 671	3 220 756	2 962 956	3 672 143	3 940 341
Rohmaterial.	464 854	438 397	432 029	454 345	487 172	589 654
Löhne u. Sal.	1 891 202	1 791 212	1 727 657	1 684 369	1 758 932	1 839 709
Sonst. Unkost.	357 046	437 463	391 180	399 210	523 779	387 511
Obligationen-zinsen	126 700	171 350	164 750	158 150	151 550	144 590
Abschreibung.	**331 859**	**171 048**	**170 955**	**160 383**	**280 991**	**368 062**
Reingewinn .	**543 137**	**201 376**	**291 167**	**101 671**	**456 218**	**598 119**
do. inkl. Vortr.	552 715	283 199	294 182	103 499	469 717	610 455
Disp.-Fonds .	—	—	—	—	100 000	—
Gratifikat., Unterst.-F. .	30 000	10 000	10 000	—	25 000	30 000
Dividendeauf:						
Stammaktien	**234 000**	**180 000**	**180 000**	—	**156 000**	**234 000**
In Prozenten	**9**	**5**	**5**	**0**	**6**	**9**
Vorrechtsakt.	180 000	120 000	120 000	90 000	135 000	180 000
In Prozenten	12	8	8	6	9	12
Tantieme . . .	**96 892**	**30 184**	**32 354**	—	**32 941**	**93 595**
Talonsteuer .	—	—	—	—	—	10 000
Vortrag . . .	11 823	3 015	1 828	13 499	12 336	62 920

Im Geschäftsbericht wird über die Lage des Geschäfts noch gesagt: Der Fabrikatmarkt in Garnen wie auch in Geweben habe dem exorbitanten Rohmaterialpreis nicht in gleichem Maße folgen können. Wie auf dem Weltmarkt, so sei auch in Deutschland der Bedarf zurückgegangen und der Juteverband habe noch vor Jahresschluß im Dezember eine größere Betriebseinschränkung verfügt, von der die Verwaltung in Kürze einen Ausgleich zwischen Konsum und Produktion erhofft. Die Produktion betrug 13,71 Millionen (i. V. 13,51 Millionen) Kilogramm Garn, 19,28 (19,52) Millionen Meter Gewebe und 9,28 (9,25) Millionen Säcke. Der Feuerschadenprozeß bei der Fabrikanlage Schiffbek habe durch Vergleich seine Erledigung gefunden; der Betrag wurde abgeschrieben. Dividende, dem laufenden Jahr zugute. Der Betrieb bei der **Elsässischen Gesellschaft für Jutespinnerei** und Weberei in Bischweiler entfallende Anteil kommt mit 81 000 Mk. (63 000 Mk.), d. s. 9 (7) Proz. Dividende, dem laufenden Jahr zugute. Der Betrieb bei der A.-G. für Flachs- und Jutemanufaktur in Riga (Beteiligung 222 000 Rubel Obligationen und 800 000 Rubel Aktien) habe durch einen sechswöchigen Streik eine schwere Schädigung erlitten; die Verwaltung der russischen Gesellschaft bringt 5 Proz. Dividende in Vorschlag, was für die Hamburger Gesellschaft 40 000 Rubel zur Verrechnung im laufenden Jahre ausmacht (für 1912 wurden 6 Proz. abzüglich einer Steuer für die neuen Aktien von 1¼ Proz. verteilt). Rohjute sei von dem Höchststand inzwischen zurückgegangen; die Fabrikatpreise mußten entsprechend folgen. Die Verhältnisse für das laufende Jahr seien noch ungeklärt.

Um rund 200 000 Mk. höher ist der Reingewinn der Deutschen Jutespinnerei und Weberei in Meißen. Nach **247 716 Mk.** (i. V. 272 008 Mk.) **Abschreibungen** ergibt sich ein **Reingewinn von 886 400 Mk.** (687 144 Mk.) zu folgender Verteilung: **25 Proz. Dividende** (20 Proz.) 574 200 Mark (459 360 Mk.), **Tantieme an den Aufsichtsrat 45 592** Mark (34 240 Mk.), Gratifikationen an Beamte **35 000 Mk.** (30 000 Mk.), zur Verteilung an das Arbeiterpersonal **40 000 Mk.** (30 000 Mk.), Zuweisung zum Dispositionsfonds **117 145 Mk.** (95 875 Mk.), Zuweisung zur König-Friedrich-August-Stiftung wieder 10 000 Mk., Vortrag auf 1914 **64 463 Mk.** (24 701 Mk.).

Es sieht bald aus wie das böse Gewissen, wenn ein Werk, das seinen Aktionären 574 200 Mk. ausschüttet, auch die Arbeiter, die bei dem nervenzerrüttenden Lärm der Maschinen in schwüler, staubgeschwängerter Atmosphäre diese Werte schufen, großmütig mit 40 000 Mk. bedenkt. Diese Summe hat an sich einen schönen Klang. Macht man aber hierüber ein Rechenexempel auf, so kommt für den einzelnen Arbeiter noch nicht einmal ein Pfennig auf die Arbeitsstunde. Es wäre schon richtiger, es würde eine angemessene Lohnerhöhung vorgenommen. Derartige Gratifikationen erwecken immer den Anschein, als sollten sie die Arbeiter noch zu Dank verpflichten, **trotzdem doch sie das Geld verdient haben.**

Die Erste deutsche Fein-Jutegarnspinnerei in Brandenburg a. H. teilt mit, daß das Fabrikationskonto 439 037 Mk. (i. V. 282 091 Mk.) erbrachte. Bei 57 979 Mk. (57 026 Mk.) Abschreibungen und **101 770 Mk.** (32 500 Mk.) **Extraabschreibungen** beträgt der Reingewinn **247 868 Mk.** (154 902 Mk.), die Dividende **15** (10) Proz. Im neuen Jahre ist eine Abschwächung der Rohstoffpreise eingetreten; nur die feinen Jutequalitäten werden noch immer auf einer nie dagewesenen Höhe gehalten. Vom Januar 1914 ab unterliegt die Gesellschaft einer vom Juteverband angeordneten Preiseinschränkung von 10 Proz. Der Auftragsbestand habe nicht die gewohnte Höhe, da die Kundschaft infolge der ungewohnt hohen Preise zurückhaltender als in normalen Zeiten sei. Deshalb lasse sich über die Entwickelung des laufenden Jahres noch kein Ueberblick gewinnen.

Es wird schon wieder ein Rebbach werden.

Berichte aus Fachkreisen.

Aachen. Unseren Mitgliedern diene noch einmal ausdrücklich zur Kenntnis: Die Arbeiterausschußmitglieder auf den Betrieben, soweit sie Mitglieder unseres Verbandes sind, erhalten für ihre Tätigkeit als Ausschußmitglieder ihre gesamte Arbeitsentschädigungen mit 50 Pf. für jede angefangene versäumte Stunde aus der Verbandskasse bezahlt. Es ist dies ein Beschluß der Fabrikvertrauensleutesitzung und ebenfalls einer Generalversammlung unserer Verbandsfiliale. Unsere Mitglieder werden deshalb aufgefordert, an Sammlungen für Entschädigungen der Ausschüsse sich in keiner Weise zu beteiligen. Die Angelegenheit ist für unsere Mitglieder durch Verbandsbeschluß damit geregelt. Wir bitten unsere Mitglieder, sich demnach einzurichten. Wir waren es unseren Verbandsmitgliedern, soweit sie in den Ausschüssen tätig sind, schuldig, so vorzugehen, da der alte Zustand mit der Bettelei auf den Betrieben geradezu unwürdig war und in die heutige Zeit nicht mehr hineinpaßte. Unser Vorgehen soll also in erster Linie ein Schutz für unsere Verbandskollegen sein.

Barmen. Eine Branchenversamlung der Seidenbandwirker beschäftigte sich mit der Firma H. W. Kemna. Ueber diese Firma war im vorigen Jahre die Sperre verhängt worden, weil sie fünf der ältesten Bandwirker lediglich aus Rache entlassen hatte; sie waren als Ausschußmitglieder nicht dem Wunsche der Firma auf Tarifbruch nachgekommen. Zu derselben Zeit war auch der gelbe Werkverein eingeführt worden. Als Mitglied des Vereins von Seidenbandfabrikanten gilt auch der mit dem 1. März in Kraft getretene Tarifvertrag für die Firma Kemna. Sie darf nunmehr entsprechend einem Passus des Vertrages weder selbst noch durch die Angestellten Agitation für den gelben Werkverein treiben. Der Umstand, daß der Tarifvertrag auch für die Firma Kemna gilt, gab der Branchenversammlung Veranlassung, die Sperre aufzuheben und gleichzeitig das Verhalten einiger Bandwirker zu rügen. Es wurde nachfolgende Entschließung angenommen: „Die am 15. Mai tagende Branchenversammlung der Seidenbandwirker verurteilt es scharf, daß verschiedene Bandwirker der Firma H. W. Kemna trotz des Beschlusses eines Betriebsversammlung die Arbeit in diesem Betriebe beibehalten haben. Sie verurteilt es aber ebenso scharf, daß trotz der Betriebssperre Bandwirker bei der Firma in Arbeit getreten sind. In Uebereinstimmung mit dem Vorstand beschließt die Branchenversammlung, den Verbandsmitgliedern, welche im Betrieb geblieben sind, auf die Dauer eines Jahres das Recht abzuerkennen, Vertrauensämter bekleiden zu können, den Mitgliedern, welche während der Sperre bei der Firma in Arbeit getreten, wird das Recht aberkannt, Vertrauensämter bekleiden zu können, solange sie bei H. W. Kemna beschäftigt sind. Die Versammlung erwartet, daß letztere baldmöglichst anderweitig Arbeit annehmen. Die Sperre über den Betrieb wird vom heutigen Tage an aufgehoben."

Gronau. Erfreulicherweise scheint wieder etwas mehr Leben und Menschenbewußtsein unter die hiesige Arbeiterschaft zu kommen. Werden doch jetzt in fast allen Betrieben branchenweise Versammlungen abgehalten, mit dem Zweck, gemeinsame Eingaben aller Arbeiter ohne Unterschied der Organisationsangehörigkeit, an die Unternehmer zu machen, um eine Verbesserung der Lage der Arbeiter zu erzielen. Daß man durch geschlossenes Zusammengehen auch etwas erreichen kann, hat uns ein Fall bei der Firma G. v. Delden bewiesen. Hier sollten die Zwirner auf 40 Tage je eine Stunde länger arbeiten, ohne auch nur einen Pfennig Extraentschädigung dafür zu erhalten. Das lehnten die Zwirner einmütig ab und ließen der Firma die Forderung unterbreiten: 50 Proz. Aufschlag für Ueberstunden, sofern keine Notstandsarbeiten vorliegen, Bezahlen einer Entschädigung bei Warten und Verarbeitung von schlechtem Material. Unter diesen Umständen seien die Zwirner wohl bereit, Ueberstunden zu machen. Die Firma lehnte alles schroff ab und versuchte, die Wünsche der Arbeiter als Kinderzeug hinzustellen. Die Firma verwies darauf, daß im vorigen Jahr im April die 5 Proz. Lohnerhöhung nur gewährt worden sei unter der Bedingung, daß die Arbeiter die Ueberstunden ohne jede Extraentschädigung machen müssen. Die Arbeiter konnten aber nachweisen, daß eine Regelung der Ueberstundenbezahlung noch immer offen stand und protestierte ganz energisch dagegen, daß man ihre Forderungen als kindisch hinzustellen beliebte. Am 4. Mai, als die Ueberarbeit beginnen sollte, verließen dann auch sämtliche Zwirner um 6 Uhr den Betrieb. Die Firma sah sich dann veranlaßt, noch mehrere Male mit dem Ausschuß zu verhandeln, und es kam dann am 11. Mai folgende Einigung zustande: Die Firma bezahlt von jetzt an das Ueberarbeiten, welches notwendig wird bei Vorhandensein von zuviel vorrätigen Kopsen als Ueberstunden mit 25 Proz. Aufschlag (sonst wurde diese Arbeit als Notarbeit angesehen); bei allgemeiner Ueberarbeit des ganzen Betriebes, welche notwendig wird wegen großer Aufträge, werden ebenfalls 25 Proz. Aufschlag bezahlt. Die vom 11. Mai ab zu leistenden Ueberstunden werden ab 1. Juni bezahlt. Als Notstandsarbeiten gelten die Ueberstunden, welche zu leisten sind infolge verspäteter Maschinenlieferung und infolge Kohlenmangels, hat aber vorher keine Betriebseinschränkung stattgefunden, so werden dieselben als Ueberstunden bezahlt. Ferner gelten solche Ueberstunden als Notarbeit, welche notwendig werden durch Vorkommnisse elementarer Gewalten wie Feuer, Wasser u. dgl. Für diese sog. Notstandsarbeiten werden keine Extraentschädigungen gezahlt. Die Firma gestand weiter zu, daß, falls die Zwirner diesen Vorschlag annehmen würden, diese Abmachung für den ganzen Betrieb gelten solle. Die Zwirner nahmen diese Vorschläge gegen eine starke Minderheit an, welche sich wohl daraus erklärt, daß die Firma die Ueberstunden nicht sofort bezahlen will. Hiermit ist in dem größten hiesigen Betrieb und in Gronau überhaupt wohl endlich einmal mit dem Prinzip gebrochen worden, daß man für Ueberstunden nicht mehr bezahlen wollte als für die regelmäßige Arbeitszeit. Es ist dies immerhin ein Erfolg, welcher nicht von der Hand zu weisen ist und welcher nur erreicht werden konnte durch das geschlossene Vorgehen der Zwirner. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der anderen Branchen mögen hieraus die Lehre ziehen, sich ebenfalls zu organisieren, dann wird es auch möglich sein, ebenfalls in allen anderen Branchen und Betrieben Verbesserungen durchzusetzen. — Ebenfalls wird von den Arbeitern einzelner Fabriken, zum Beispiel A. und B. der Firma G. v. Delden, Klage geführt über den geradezu ekelhaften Zustand, in welchem sich die Aborte befinden. Da könnte die Gesundheitspolizei einmal ihres Amtes walten. Den jugendlichen Arbeitern werden die gesetzlich vorgeschriebenen Pausen vielfach dadurch illusorisch gemacht, daß man sie während ihrer Pausen in den Arbeitsräumen verweilen läßt, wo sie dann in ihrem jugendlichen Unverstand die Pausen auch durcharbeiten. Kommt aber einmal jemand von der Aufsichtsbehörde, dann werden sie schnell hinausgejagt. Wir meinen, es wäre doch entschieden besser, wenn man den jugendlichen Arbeitern während der Pausen überhaupt das Betreten der Arbeitsräume verbieten würde. Von der Firma M. v. Delden wird uns betreffs der jugendlichen Arbeiter dasselbe gemeldet. Wie man sieht, ist hier noch vieles zu verbessern, und wir haben die feste Ueberzeugung, hier in Gronau und Umgebung ist etwas zu erreichen, wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen nur den Ruf beherzigen möchten:

„Organisiert Euch, schließt Euch zusammen! Werdet Mitglied des „Deutschen Textilarbeiterverbandes"! Vereinzelt seid Ihr nichts, vereint seid Ihr alles!"

Hannover-Linden. „Der moderne Mensch und die Organisation." So lautete das Thema, über welches am 12. und 13. Mai Herr Emil Felden, Pastor an der Martini-Kirche in Bremen, in zwei öffentlichen Versammlungen hier sprach. Wenn man nun annehmen wollte, die Versammlungen, mit einem leibhaftigen Pastor als Redner, hätten alle Textilarbeiter und -arbeiterinnen lebhaft interessiert und sie seien in Scharen herbeigeströmt, so war man doch etwas enttäuscht. Will man den Besuch nun auch nicht direkt als schlecht bezeichnen, so ließ derselbe doch zu wünschen übrig. Besonders gilt dieses für die Versammlung in Döhren. Hier konnte man so recht feststellen, wie übermäßig lange Arbeitszeit in Verbindung mit niedrigem Verdienst alle Regungen und Empfindungen des Menschen niederdrückt und denselben stumpfsinnig und gleichgültig für alles Schöne in der Natur macht. Auf den Inhalt der Rede soll hier nicht näher eingegangen werden, aber daß der Referent den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen, bewies am Schluß der reiche Beifall. Selbst der Prediger oder „Apostel" aus der Wollwäscherei und -kämmerei gab in der Diskussion zu, daß er mit der materiellen Seite des Vortrages ganz einverstanden sei. — Nun, Kolleginnen und Kollegen, wenn dem so ist, dann aufgerafft und hinein in die Organisation, denn nur dann könnt ihr teilnehmen an den Errungenschaften der Kultur, und nur allein durch die Organisation könnt ihr eure Lage bessern. Hofft nicht immer auf die Wohltätigkeit der Direktion, sondern betrachtet euch als gleich ebenbürtige Menschen. Vergeßt nicht die Lohnbewegung von 1907 sowie die folgenden kleineren Bewegungen, und ihr werdet finden, daß ihr alle die Erfolge nur der Organisation verdankt. Aber nicht allein bei wirtschaftlichen Kämpfen, sondern in allen schweren Stunden des menschlichen Lebens, sei es bei Krankheit, Arbeitslosigkeit oder sogar Sterbefall, bietet der Verband seine Hilfe an in Form von Unterstützung. Kolleginnen und Kollegen, wenn ihr dieses alles seht, so könnt ihr nicht mehr allein zurückbleiben, ihr müßt eintreten in eure Gewerkschaft oder ihr besäßet kein menschliches Empfinden mehr. Darum, Kolleginnen und Kollegen der Wollwäscherei, aufgerafft und beigetreten dem Verband deutscher Textilarbeiter!

Landeshut. (Ernste Differenzen in der Seidenweberei.) Die bescheidenen Forderungen auf Bewilligung einer mäßigen Entschädigung für schlecht lohnende Arbeit sind auf Widerstand gestoßen. Ueber Vergütigung soll nur von Fall zu Fall entschieden werden. Damit ist ein fortgesetzter Kampf verbunden. Es ist deshalb sehr erklärlich, wenn darüber eine große Unzufriedenheit vorherrscht. Der Direktor des Betriebes ist jedenfalls der Ansicht, daß die Unzufriedenheit am besten bekämpft werden kann, wenn man recht rigoros vorgeht. Denn nur so ist es zu verstehen, daß einer der tüchtigsten Weber plötzlich entlassen wurde. Da die Entlassung kurz vor dem Stattfinden der Betriebsversammlung erfolgte, so hatte man jedenfalls gehofft, daß die Arbeiterschaft aus Furcht nicht in die Versammlung gehen würde. Der Direktor war durch die Enttäuschung, daß trotzdem die Arbeiterschaft sehr zahlreich erschienen war, in sichtliche Erregung geraten; so verlangte er zu Unrecht die Entfernung von Personen, die nach seiner Ansicht nicht in die Betriebsversammlung gehörten, weil sie nicht mehr im Betriebe beschäftigt sind. Dazu rechnete er natürlich auch den vor einigen Stunden Gemaßregelten. Als sein Wunsch nicht glatt in Erfüllung ging, verlangte er von dem Gastwirt, daß er sein Hausrecht ausübe. Der Gastwirt willfahrte nicht. Somit war seine mit soviel Wucht unternommene Aktion in der Versammlung zu Ende. Der anwesende Gauleiter unterzog die Handlungsweise einer kräftigen Kritik. Die wohlverdiente Züchtigung hatte dann auch die Wirkung, daß der Herr Direktor ganz kleinlaut mit der Entschuldigung abzog, er müsse noch wo anders hin. Zur Regelung der bestehenden Differenzen wurde eine Kommission gewählt. Die Kommission hat, wie ja nicht anders erwartet wurde, nicht viel erreicht. Zugestanden wurde, daß auf dem Kettenzettel das Metermaß angegeben werden wird, und zum Kaffeewärmen soll eine Einrichtung geschaffen werden. Die Wiedereinstellung des Entlassenen wurde aber abgelehnt. In der Lohnentschädigungsfrage beharrt er auf dem alten Zustand, daß nur von Fall zu Fall geregelt werde. Allen Webern ist nun dringend zu raten, Landeshut zu meiden. Nur dadurch ist es möglich, eine Besserung im Arbeitsverhältnis zu erreichen. Auch werden sonstige Maßnahmen noch getroffen werden, die der Arbeiterschaft die Möglichkeit geben, sich dem Drucke zu entziehen, der jetzt auf ihr lastet.

Lauban. Die letzte Mitgliederversammlung nahm zunächst den Kassenbericht vom ersten Quartal entgegen. Einnahme und Ausgabe balanciert mit 2072,05 Mk. Den Bericht von der Gaukonferenz erstatteten die Kollegen **Blümel und Kutscha.** Die

Diskussion bewegte sich in zustimmendem Sinne. Zum Bericht der Kartelldelegierten wurde in bezug auf die Erhöhung der Beiträge zum Arbeitersekretariat eine entscheidende Stellung noch nicht eingenommen. Der ausschlaggebende Beschluß soll in der nächsten Versammlung gefaßt werden. Weiter war ein Anschlag der neuen Firma Salzmann u. Wintzen Gegenstand der Debatte. Die Bekanntmachung lautete:

Eine Vergütung

von 3 Mark erhält derjenige, der einen gelernten Weber oder eine Weberin zum Eintritt in unsere Fabrik veranlaßt.

Die 3 Mark werden ausgezahlt, wenn der Betreffende mindestens acht Wochen bei uns gearbeitet hat.

Salzmann u. Wintzen.

Diese Firma macht sich's leicht, Arbeiter und Arbeiterinnen zu gewinnen. Die Kollegen und Kolleginnen werden aber gut tun, nicht für solche höchst zweifelhafte Prämien ihre Arbeitskollegen und -kolleginnen zu veranlassen, aus dem bisherigen Arbeitsverhältnis auszutreten, denn daß die Vermittelungsgebühr erst nach acht Wochen gezahlt werden soll, läßt vermuten — und nicht mit Unrecht — daß es ihrer nicht viele sein werden, die acht Wochen in diesem Betriebe aushalten. Darum ist Vorsicht geboten. — Weiter liegen auch die Verhältnisse bei der Firma A. Schottländer so, daß sie zu der verschiedenartigsten Kritik Anlaß geben. Aendern werden sich diese Verhältnisse zugunsten der Arbeiter nur, wenn diese sich der zuständigen Berufsorganisation, dem Deutschen Textilarbeiter-Verbande anschließen.

Krefeld. Worin besteht die Tätigkeit der Werkvereine? Folgendes Schriftstück kam uns auf den Tisch geflogen:

„Krefeld, den 6. Mai 1914.

An die Firma . . . . . .

Bezugnehmend auf unser Ergebenes vom 10. v. M. teilen wir Ihnen mit, daß der Hilfsarbeiter

Mathias Blauen
Vorst, Anratherweg 229.

bei der Firma Meinhorst u. Schultes Aktiengesellschaft die Arbeit niedergelegt hat und Ihnen für Schuhe noch 10,50 Mk. schuldet.

Werkverein der Firma Meinhorst u. Schultes Aktiengesellschaft,
Krefeld.
(Unterschrift unleserlich.)"

Was sagt die Krefelder Färbereiarbeiterschaft zu solch einem Treiben der von den Unternehmern gehegten und gepflegten Werkvereine? Muß sich nicht jeder Arbeiter mit Abscheu und Ekel von diesen Gebilden einer nur den Kapitalisten dienenden Sumpfpflanze der Arbeiterbewegung abwenden? Wie ein Steckbrief folgt dem Arbeiter, der in der Not vielleicht sich den Kredit eines Händlers aufdringen ließ, diese Mitteilung des Werkvereins auf Schritt und Tritt. Wen soll man mehr verachten, den Arbeiter, der sich in der Not nicht anders zu helfen wußte, oder die Söldlinge des Kapitals, die unter der Maske der Arbeiterfreundlichkeit sich zu solch einem schmählichen Dienst hergeben? Das Urteil darüber dürfte keinem ehrlichen Menschen schwer fallen.

Nürtingen. Nürtingen ist ein kleines Städtchen; es liegt friedlich im Neckartale am Schwarzwald. Es hat eine ziemlich entwickelte Textilindustrie, meistens Stickereien. Wir zählen davon 9 Betriebe. Die größte Fabrik beschäftigt zirka 400, die kleinste 50, in der Mehrzahl jugendliche, davon wieder weibliche Personen. Für das Gros der Arbeiterschaft kommt ein wöchentlicher Lohn von 15 Mk. in Frage. Familienväter erhalten 2,20 bis 2,30 Mk. pro Tag. Gewiß eine schöne Harmonie zwischen Kapital und Arbeit bei den steigenden Lebensmittelpreisen! Plaudern wir einmal davon, wie gut es die Proletarier bei der Firma Heusel u. Co. hier haben. Schade um den Meister Walker, der oft außer sich gerät, wenn die Leute seine Grobheiten und Schimpfereien nicht mehr ruhig einstecken wollen. Solch einem nervösen Mann sollte die Firma ihre Arbeiter nicht anvertrauen. Auch über andere Vorgesetzte sind uns häufig Klagen zugegangen. Das Ueberstundenwesen sieht bei der Firma in hoher Blüte. Das ganze Jahr hindurch wurden Ueberstunden gemacht. In 14 Tage lang Ueberstunden, dann 8 Tage normale Arbeitszeit. Ob dabei nicht mehr Ueberstunden rauskommen, als gesetzlich zulässig ist? Auch haben eine Anzahl jugendliche, besonders weibliche Personen unter 16 Jahren daran teilgenommen. Es ist deshalb kein Wunder, wenn Arbeiterinnen bei der Arbeit ohnmächtig zusammenbrechen. Eine Frau, der es kürzlich passierte, setzte man — gewiß aus humanitären Gründen — auf einige Stunden neben den Abort. An ärztliche Hilfe dachte man leider nicht. Erst die Arbeiterschaft, die den hilflosen Zustand der Frau nicht länger mit ansehen konnte, holte endlich einen Arzt, der sie dann per Auto fortschaffte. Sie lag dann wochenlang im Krankenhause und ist heute noch leidend. Man versteht das Gebaren der Vorgesetzten nicht, wenn Betriebskranke aufgefordert werden, zur Arbeit zu kommen, sonst würden ihre Plätze besetzt werden. Der Drohung ist leider auch schon die Tat gefolgt. Erst vom hiesigen Stadtschultheißenamt mußten die Herren vom Bureau belehrt werden, daß noch Gesetze gegen derartige Ungerechtigkeiten da sind. Wir fragen, wissen die Unternehmer von dem Gebaren verschiedener Vorgesetzter im Betriebe wirklich nichts? Unsere Ortsgruppe steigt ständig an Mitgliedern bei der Firma. Eine Betriebsversammlung beschäftigte sich erst vor kurzem mit den Mißständen bei der Firma. Sollen wir erst eine zweite einberufen, bis es besser wird? — Alle Strickereien am Ort haben den freien Samstagnachmittag. Die Firma Heusel u. Co. versprach auf eine Anfrage unseres Gauleiters, Kollegen Hoschka, um 4 Uhr den Fabrikschluß. Sie hat bis jetzt ihr Wort nicht gehalten. Wollt Ihr, daß es besser wird, wollt Ihr den freien Samstagnachmittag haben, dann alle, auch der letzte Mann, hinein in den Deutschen Textilarbeiterverband!

Wolkenburg. In der Leipziger Baumwollweberei A.-G. in Wolkenburg bei Penig i. Sa. findet fortgesetzt ein enormer Wechsel des Arbeiterpersonals statt. Bei den dort erzielten Löhnen ist das auch kein Wunder. Löhne von 14 bis 15 Mk. in vielen Fällen bis herunter weit unter 10 Mk. werden verdient. Die Arbeitszeit ist täglich 11 Stunden, außer Sonnabends. Aus allen Gegenden Deutschlands und Oesterreichs werden die Arbeitskräfte zusammengesucht. In Briefen werden den nach dort kommenden Arbeitern die dortigen Arbeits- und Wohnverhältnisse aufs beste geschildert. Tüchtige Weber sollen dort wöchentlich 22 Mk. verdienen, was aber nur in einzelnen Fällen erreicht wird. So mancher nach dort kommende Arbeiter glaubt nun nach langjährigen Reisen von einer Fabrik zur anderen, endlich mal einen dauernden Arbeitsplatz gefunden zu haben, wo er als Mensch ein zufriedenes Leben führen kann. Mancher Arbeiter mit zahlreicher Familie opferte seinen letzten Heller zur Reise. Die Wohnungen sind in sehr verbesserungsbedürftigem Zustande. Die Sauberkeit der Wohnungen läßt sehr, sehr viel zu wünschen übrig. In der im Keller befindlichen Wohnung wird man außerdem einen üblen Geruch nicht los. Im Sommer ist es noch schlimmer, da die Abortanlage selten desinfiziert wird. Bei den geringen Löhnen von 15 Mk., mit welchen so mancher Familienvater nach Hause geht, ist es kein Wunder, wenn die paar Mark in den ersten Tagen ausgegeben sind. Die Vorschuß nehmenden Arbeiter werden dann veranlaßt, ihre Nahrungsmittel im Fabrikkonsum zu holen. Am Lohntag bekommen dann diese Familienväter oft nur wenige Groschen. Die Preise im Fabrikkonsum sind am Orte mit am höchsten, was zum anderen aus den Rückvergütungen auch erklärlich ist. Da ein sehr großer Wechsel im Betrieb stattfindet, so entstehen bei dem Genuß der Rückvergütung für die Fortziehenden Schwierigkeiten. Die Firmenleitung wünscht von den dort beschäftigten Webern, daß sie an andere, ihnen bekannte Kollegen nach auswärts schreiben, um diese zu veranlassen, ebenfalls nach Wolkenburg zu kommen. Die Geschäftsleitung soll sogar Wesern für jeden Arbeiter, den sie nach Wolkenburg locken, 2 Mk. versprochen haben. Ein gewisser Bodzimek gibt sich besondere Mühe, Leute nach dort anzuwerben. Die Arbeiter werden deshalb auf die dort herrschenden mißlichen Verhältnisse aufmerksam gemacht. Es kommen alle Gegenden in Deutschland und Oesterreich-Ungarn in Betracht, aus denen man Arbeitskräfte nach dort zu beschaffen sucht.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 31. Mai, ist der 22. Wochenbeitrag fällig.

Wir müssen dringend ersuchen, bei allen Geldsendungen an unseren Kassierer stets die Bestimmung der Gelder auf der Zahlkarte, Postscheckkonto 5386, anzugeben. Jede Sendung muß mit dem Stempel der Ortsgruppe versehen sein. Dasselbe wird hinsichtlich aller anderen Sendungen an den Vorstand wie auch an die Redaktion verlangt. Alles für diese Bestimmte muß auch von der übrigen Sendung getrennt gehalten sein. Inlandbriefe von 20—250 Gramm müssen mit 20 Pf. frankiert werden. Jeder Zuschrift sollten die Absender ihre vollständige Adresse beifügen, damit man in den Fällen, wo sich eine Rückäußerung oder eine sonstige Sendung infolge der Zuschrift an den Absender notwendig macht, nicht erst lange nach dessen Adresse zu suchen braucht.

* * *

Monatliche Arbeitslosenzählung.

Für die Maizählung ist Sonnabend, der 30. Mai Stichtag. Zur Einsendung gelangt die graue Karte. Alle Filialen müssen berichten. Dort wo keine Arbeitslosen vorhanden sind, muß mindestens die Mitgliederzahl angegeben werden.

Der Vorstand.

Ortsverwaltungen.

Mülheim a. Rh. Lokalgeschenke werden nicht mehr gegeben.

* * *

Tariffragen betreffend. Auskunft wird an nachbenannten Stellen erteilt.

Gau 3 (Krefeld): Paul Vater, M.-Gladbach, Königstr. 13.

Gau 5 (Mülhausen i. Els.): Josef Gsell, Mülhausen i. E., Dornacher Straße 3 (Teleph.: 1777).

Gau 7 (Augsburg): Michael von der Meulen, Augsburg, Unteres Kreuz 313.

Gau 8 (Gera): Tarifkommission, Gera (R.), Schülerstr. 5, Hinterhaus 1 Tr. Sonnabends nachmittags von 4—6 Uhr.

Gau 9 (Plauen i. V.): Tarifkommission für den Bezirk Oberfranken, Max Raithel, Hof i. B., Lorenzstr. 23.

Gau 11 (Neugersdorf): Gustav Flammiger, Neugersdorf, Postweg 96i.

Gau 12 (Liegnitz): Hermann Teichgräber, Langenbielau, 1. Bezirk, Nr. 11.

Gau 13 (Berlin und Vororte): Tarifkommission der Teppich- und Plüschbranche. Alle Sendungen sind zu richten an Max Gruhl, Berlin O. 27, Andreasstr. 17.

Greiz und Umg.: Geschäftsstelle, Greiz, Breuningstr. 12. Sonnabends nachmittags von 4—5 Uhr.

Bielefeld. Tarifkommission für Plüschweberei: Rudolf Strate, Stieghorst Nr. 155, bei Bielefeld.

Elberfeld. Tarifkommission für Moquette, Plüsch und Gobelin: Franz Braun, Sedanstraße 49.

Hameln a. W. Tarifkommission der Teppich- und Rutenweber: Heinrich Albert, Hameln a. W., Kupferschmiedestr. 2.

Mylau-Netzschkau. Geschäftsstelle: Mylauer Straße 28 I, Auskünfte Freitags abends von 6—8 Uhr.

Reichenbach i. V.: Geschäftsstelle, Reichenbach i. V., Weststr. 3.

Schriftlichen Anfragen ist der Filialstempel aufzudrücken.

Von allen irgendwo geltenden Lohnlisten, Lohntarifen usw. wolle man der zuständigen Tariffstelle zwei Exemplare zustellen.

Totenliste.

Barmen. Hermann Kullenberg, Seidenwirker, 52 Jahre alt †.

Ebingen. Am 17. Mai Karl König, Trikotweber, 37 Jahre alt — Herzerweiterung.

Eisenberg S.-A. Karl Endres, Weber, 61 Jahre alt.

Elberfeld. Fritz Kaffka, Weber, 40 Jahre alt — Leberkrebs.

Elberfeld. August Stallmann, Weber, 58 Jahre alt — Schlaganfall; Gustav Rothenburg, Färber, 61 Jahre alt — Herzleiden.

Gera. Am 20. Mai Agnes Scheffel, Weberin, 41 Jahre alt — Operationsfolgen.

Greiz und Umgegend. Am 15. Mai Hermann Jngel, Weber, 61 Jahre alt — Leberleiden.

Löbau i. S. Am 11. Mai Johann Bayer, 39 Jahre alt — Herzschlag.

Meerane. Am 21. Mai Robert Schmidt — Magenverhärtung.

Triebes. Am 4. Mai Frieda Fleischer, Fädlerin, 22 Jahre alt — Lungenleiden.

Ehre ihrem Andenken!

Streitfalltafel.

(Die Meldungen für die Streitfalltafel müssen jede Woche erneuert werden, wenn sie wiederholt werden sollen.)

In Bewegung befinden sich:

Ansetzer, Spinner und Aufstecker in:

Gröba bei Riesa a. E. (Baumwollspinnerei).

Weber, Färber, Bleicher in:

Elmshorn (Mechan. Weberei, Färberei und Bleicherei).

Plüschweber in:

Bernau (Lohndifferenzen).

Spitzenweber in:

Grimma (Birkigt).

Seiden- und Stoffdrucker in:

Schweiz.

Weber in:

Bad Lausick (Koch).
Elmshorn (Mech. Weberei, G. m. b. H.).
Cunewalde (W. Kalauch).
Glauchau-Meerane.

Trikotagenarbeiter in:

Limbach i. S. (E. Winkler).

Handschuharbeiter in:

Asch i. B.

Aus sonstigen Gründen sollen Zuzug unterlassen:

Kurbelsticker nach:

Berlin.

Bandweber nach:

Apolda.

Färber und Wäscher nach:

Berlin, Schweiz.

Spinner, Anmacher, Aufstecker nach:

Bietigheim.
Osnabrück und Rheine (F. A. Hammersen, Baumwollspinnerei und -weberei).

Seidenweber nach:

Landeshut (Seidenweberei der Firma P. Methner).

Plüsch- und Teppichweber nach:

Berlin.

Stoffdrucker nach:

Penig.

Handschuhzuschneider nach:

Limbach.

Gummibandwirker nach:

Barmen (Aug. Kehrenberg).

Gummibandweber nach:

Wien.

Spitzen-, Gardinen-, Tüllweber nach:

Kalisch (Russisch-Polen).

Weber und Weberinnen verschiedener Art nach:

Neustadt a. Orla, Brandenburg a. H., Hamburg, Hameln, Kassel, Luckenwalde, Oederan, Offenbach am Queich, Reichenbach i. V., Forst i. L., Hohenstein-Ernstthal (Wilh. Ende), Barth an der Ostsee, Säckingen (Rheinl.), Zittau-Scheibe (C. G. Thomas, Decken- und Scheuertuchweberei).

Posamentierer nach:

Berlin.
Kopenhagen (Winström, Westergade 10).

Bandwirker und Arbeiterinnen nach:

Fürth (Firma J. Heymann).

Stoffhandschuharbeiter nach:

Asch in Böhmen (Eisenschimmel u. Co.).

Textilarbeiter überhaupt nach:

Spremberg N.-L., Hannover.
Ebersbach i. Sa. (Wünsches Erben).
Duisburg.

Da in Riesa-Gröba und in Lublinitz keine Reiseunterstützung gezahlt wird, wolle jeder in seinem eigenen Interesse diese Orte meiden. Auskunft für Lublinitz in Breslau, Leuthenstr. 17, Geschäftsstelle des Textilarbeiterverbandes.

An Reisende, die nach den in der Streitfalltafel aufgeführten Orten kommen, wird keinerlei Unterstützung gezahlt.

Bei Anfragen wegen Arbeit ist stets die Stamm-Nummer des Mitgliedsbuches anzugeben.

Versammlungskalender.

Altenburg S.-A. Donnerstag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftsheim", Hillgasse.

Berlin. Zentralstelle: Jeden Freitag, abends von 5 bis 9 Uhr, in der Geschäftsstelle, Andreasstr. 17. Telephon: Königstadt 1873. **Zahltag.**

Berlin. (Sektion der Posamentierer.) **Jeden Sonnabend, abends** von 6—8 Uhr, bei Lohan, Neue Jakobstr. 26: **Zahltag.**

Berlin. (Sektion der Dekateure und Presser.) Jeden Sonnabend, abends von 7—8 Uhr, bei Radke, Neue Jakobstr., Ecke Inselstraße: **Zahltag.**

Berlin. (Sektion Weißensee.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Paulich, Lehderstr. 5: **Zahltag.**

Berlin. (Sektion der Sticker.) Jeden Freitag, abends von 8 bis 10 Uhr, bei Elste, Wallstr. 32—33: **Zahlabend und Besprechung von Branchenangelegenheiten.**

Berlin. (Für Moabit.) Zahlstelle: Waldstraße 12 bei Schleemann.

Berlin. (Für den Norden.) Zahlstelle: Brunnenstr. 79, bei K. Döhling.

Berlin. (Für Neukölln.) Zahlstelle: Zietenstr. 69 bei Kramer.

Berlin. (Für Britz.) Zahlstelle: Kirchhofstr. 41 bei Wolff.

Berlin. (Für Rummelsburg.) Zahlstelle: Hauptstr. 87, bei H. Poczontek.

Berlin. (Für Südost.) Zahlstelle: Pücklerstr. 2.

Berlin. (Sektion der Hand- und Schiffchensticker und des Hilfspersonals.) Jeden Sonnabend, abends von 8½ bis 10 Uhr, bei Friedrich Voß, Weberstr. 6.

Berlin. (Für Charlottenburg.) Zahlstelle: „Volkshaus" (Restaurant), Rosinenstraße 3.

Burg. Dienstag, 9. Juni, bei Rob. Georges, Untermhagen.

Fulda. Sonnabend, 6. Juni, abends 8 Uhr.

Kiel. Sonnabend, 6. Juni, im „Gewerkschaftshaus", Zimmer 8.

Lauban. Sonnabend, 6. Juni, im „Volkshaus".

Lambrecht. Sonnabend (Samstag), 6. Juni, bei März Wwe.

Leobschütz. Sonnabend, 6. Juni.

Limbach. Sonnabend, 6. Juni, abends 8½ Uhr, im „Johannisbad".

Mülhausen i. Els. Mittwoch, 3. Juni, abends 8 Uhr, bei Weinzorn, Dornacherstr. 6.

Neumünster. Montag, 8. Juni, im „Jugendheim", Fabrikstr. 32: **Vertrauensleute.**

Neustadt O.-Schl. Sonnabend, 6. Juni.

Nowawes. Jeden Freitag, abends von 8—9 Uhr, bei Hiemke, Wallstraße 55: **Zahlabend.**

Osnabrück. Sonnabend, 6. Juni, abends 8½ Uhr, bei Möller, Bischofstr. 14/15.

Pößneck. Freitag, 5. Juni, abends 8½ Uhr, im „Vereinsgarten".

Reutlingen. Sonnabend (Samstag), 6. Juni, abends 8 Uhr, in der „Eintracht".

Erscheinen aller in allen Versammlungen notwendig!

ANZEIGEN

(Kostenbetrag ist im voraus zu entrichten, widrigenfalls die Aufnahme abgelehnt wird.)

Unserem Kollegen **Aug. Koch und Gemahlin** zu deren Vermählung die besten Glückwünsche.

Der Vorstand der Ortsgruppe Hameln a. W.

Dem Kollegen **Alfred Riedel** rufen wir bei seinem Fortzuge aus Forst-Lausitz nach Ludwigshafen ein Lebewohl zu und wünschen ihm auf seinem neuen Arbeitsfelde die besten Erfolge.

Filiale Forst-Lausitz.

Redaktionsschluß für die nächste Nummer Sonnabend, den 30. Mai.

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit ☆ versehenen Artikel Hermann Krätzig, für alles andere Paul Wagener. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.